

# Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Klusstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Gewerbestraße Nr. 6 und Neue Gewerbestraße 11, durch die Buchhandlung, Zigarrengeschäft Reichelt, Marktstraße 14, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus für ein Vierteljährlich 0.10 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäft-Nette Ring 1206, Redaktion Ring 3143  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schienen 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangelegenheiten, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. Das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die achte Nummer müssen die vorletzte Zeile (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Klusstraße 4/6 oder in den Filialstellen abgegeben werden.

## Die Mietenspekulation.

Der Städtetag warnt. — Wann kommt der neue große Krach für den Hausbesitz? — Die Hausbesitzer beweisen ihre Schädlichkeit.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung nachstehenden Beschlusses gefaßt:  
Der Vorstand des Deutschen Städtetages weist erneut darauf hin, daß die endgültige Beseitigung der Wohnungsnot von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus heute mehr denn je das dringendste innere Zentralproblem ist. Es gilt, den Neubau von jährlich 250.000 bis 275.000 Klein- und Kleinstwohnungen in erschwinglicher Preislage zu ermöglichen, nur so ist es möglich, die Wohnungsnot in längstens fünf Jahren zu beseitigen. Und darum geht es!  
Die Senkung der Baukosten für Neubauwohnungen unter den allgemeinen Lebenshaltungsindezes ist von allergrößter volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, weil die Mieten der Altmwohnungen sich allmählich auf den Preis der Neubauwohnungen einstellen müssen. Die Heraushebung der Altmieten darf, bis der Beharrungszustand bei den Neubaukosten und Neubaumieten erreicht ist, nur mit größter Vorsicht erfolgen. Alle Maßnahmen, die zur Senkung der Baukosten führen, müssen daher im Zusammenwirken von Reich, Ländern, Gemeinden und Privatwirtschaft getroffen werden.

Das wichtigste Problem bleibt die Finanzierung. Die Fortführung des Wohnungsbaues ist geradezu aufs schwerste gefährdet, wenn man sich bei den maßgebenden Stellen jetzt annehmend wieder mit einer nur von Jahr zu Jahr laufenden Zwischenregelung begnügen will.  
Da der private Kapitalmarkt in absehbarer Zeit die für den Wohnungsbau erforderlichen Mittel nicht in ausreichendem Umfange und zu entsprechenden Bedingungen zur Verfügung stellen kann, so müssen öffentliche Mittel auf lange Sicht bereitgestellt werden. Diese können nur aus der Hauszinssteuer genommen werden, die eine sozial gerechte und staatspolitisch notwendige Maßnahme darstellt. Es ist unbedingt zu fordern, daß jetzt endlich Ernst gemacht wird mit einer endgültigen Regelung der Hauszinssteuer, zumal auch der gegenwärtige Zustand für den Grundstücksverkehr und den Realcredit höchst unbefriedigend ist, da er eine feste Grundstückspreisbildung verhindert.

Als ein geeigneter Weg sowohl vom Standpunkt der Gesamtheit als auch des einzelnen erscheinen die vom Deutschen Städtetag bereits im vorigen Jahre gemachten Vorschläge, die im wesentlichen darauf abzielen, eine individuelle Belastung der einzelnen Grundstücke in Form einer öffentlichen, ablesbaren, vom 25 Jahren zu lösenden Rente durchzuführen. Der Städtetag richtet an Reichsregierung und Reichstag den dringenden Appell, das Problem der endgültigen Regelung der Hauszinssteuer, so schwierig es auch sein mag, nunmehr endgültig anzugehen.

In vorsichtigen Worten unterstützt der Deutsche Städtetag damit in der Wohnungsfrage den Standpunkt der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gegen die derzeitige Rechtsregierung im Reiche. Er empfiehlt Anpassung der hohen Mieten für Neubauten an die billigeren Altmwohnungen, während die Reichsregierung umgekehrt die Altmwohnungen im April und dann nochmals im Oktober erhöhen will. Auch die Forderung nach Bereitstellung umfangreicher öffentlicher Mittel für den Wohnungsneubau entspricht sozialdemokratischen Vorschlägen. Leider scheint die Reichsregierung wieder nur einen Teil der neuen Mieterhöhungen für Neubauwerke bestimmen zu wollen. In dieser Erwartung erhöhen sich auch bereits spekulativ die Häuserpreise, so daß der preussische Volkswohlfahrtsminister durch Hinweis auf seine Neubaupläne bereits öffentlich vor den wilden Häuserpekulationen warnen läßt.

Während auf diese Weise Hausbesitzer und Baustofffabrikanten zu neuen Ertrags-Profiten kommen, lehnt die Reichsregierung jede halbwegs angemessene Entschädigung der kleinen Sparer, die direkt oder durch ihre Kassen, dem Hausbesitz vor der Inflation ihr Vermögen geliehen hatten, auch wieder ab. Mit den übrigen Proletariern sollen die Neuentlegenen mehr als bisher Miete zahlen, aber keinen Pfennig von ihren Forderungen an die Hausbesitzer mehr aufgewertet bekommen. Es scheint, daß gegen eine solche einseitige Interessenspolitik im Bürgerblut weder die Proteste der Vertreter der breiten Massen noch die Warnungen des Städtetages etwas fruchten. Die Bürgerblutregierung will ihren Schülern unbedingt Monopolprofite in den Taschen werfen und wenn darüber das Wohnungsproblem auch unnötig verlängert wird. Letzten Endes wird dieser kurzfristigen Interessenspolitik aber in absehbarer Zeit auch ein neuer Krach für die Hausbesitzer folgen, die die gestiegenen Häuserpreise von den notleidenden Massen doch nicht mehr bekommen werden. Zum Teil wird das angefangen

der heutigen Lohnhöhe und Erwerbslosigkeit recht bald geschehen: auch die Städte können mit ihren Wohlfahrtsmaßnahmen nicht mehr alle Forderungen des Hausbesitzes an die Armen der Vermissten befriedigen. Zum anderen größeren Teil kommt der Krach unausweichlich, sobald die öffentlichen Neubauten schließlich doch auf dem Wohnungsmarkt das Angebot größer werden lassen als die Nachfrage. Dann sollen uns die Herren Hausbesitzer aber nicht wieder mit neuen Klagen kommen. Die Spekulationspolitik, die sie mit Hilfe der Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen gegenwärtig treiben, bedeutet für die breite Masse die beste Aufklärung darüber, daß der private Hausbesitz als ganzes keine nützlichen Funktionen für die Gesellschaft mehr verrichtet und baldmöglichst zu Sägen enteignet werden muß, wie er sie etwa seinen eigenen Gläubigern als „Aufwertung“ bewilligt hat.

### Die richtige Antwort auf deutschnationalen Klatsch.

Die preussische Regierung warnt vor Wiederholung der widerlegten Verleumdungen gegen Dr. Mengel.

In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde auf angebliche Gerüchte hingewiesen, wonach der Polizeipräsident Genosse Mengel in Magdeburg in nächster Zeit zum Oberpräsidenten von Niederschlesien ernannt werden sollte. Ueber Mengel hieß es in der Anfrage, die Tätigkeit, der Ruf und die Art und Weise seiner Verabschiedung als Landrat von Trebnitz seien in Schlesien in allerhöchster Erinnerung (!). Der Preussische Innenminister hat diese Anfrage nunmehr folgendermaßen beantwortet:  
„Die Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel in der Stelle des Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien sind völlig aus der Luft gegriffen. Im übrigen muß das Staatsministerium angesichts der Bewertung, welche die Tätigkeit des früheren Landrats von Trebnitz, jetzigen Polizeipräsidenten Mengel, in der kleinen Anfrage erfährt, nachdrücklich in die Erinnerung zurückzurufen, daß die seinerzeit von Gewisser Seite gegen Mengel erhobenen Verdächtigungen, die zunächst zu seiner Abberufung als Landrat geführt hatten, vor Gericht auf Grund eingehendster Verhandlungen als niedrige Verleumdungen festgelegt worden sind. Das Staatsministerium darf wohl erwarten, daß diese als haltlos erwiesenen Verdächtigungen nicht mehr vorgebracht werden.“

### Beränderungen in der preussischen Verwaltung.

Das Preussische Staatsministerium hat am Mittwoch beschlossen, den Polizeipräsidenten von Stettin, Genossen Jener, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Der preussische Minister des Innern wurde ermächtigt, den Regierungsrat Georg Meyer vom Polizeipräsidentium in Berlin mit der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidentiums in Stettin zu beauftragen. Meyer gehört ebenfalls der Sozialdemokratie an.  
Das Staatsministerium ermächtigte ferner den Minister des Innern, gemäß Artikel 86 der preussischen Verfassung, das Innenverständnis der beteiligten Provinzialausschüsse dahin herbeizuführen, daß der Regierungsrat von Stettin, Dr. Jöhn nach Hildesheim und der bisherige Regierungsrat von Hildesheim, v. Halfer, nach Stettin versetzt wird.  
Der bisherige Vizepolizeipräsident von Berlin, Dr. Friedensburg, wurde zum Regierungsrat in Kassel ernannt.  
Das Landratsamt des Kreises Beuthen wird laut Beschluß des Staatsministeriums von dort nach Hindenburg verlegt.

Der zurücktretende Stettiner sozialdemokratische Polizeipräsident findet auch in der Presse der bürgerlichen republikanischen Koalitionsparteien Preußens Anerkennung Worte für seine achtjährige Tätigkeit, und die „Germania“ des Zentrums spricht die Erwartung aus, daß er auf einem anderen Posten seine Tätigkeit werde fortsetzen können.

### Gen. Löbe

hat auch die letzte Nacht gut überstanden. Die Temperatur ist ebenso wie die Herzstätigkeit zufriedenstellend. Er hofft jetzt, wie wir erfahren, in 8-10 Tagen schon das Krankenhaus verlassen zu können. Dagegen hat seine 75jährige Mutter unter den Folgen der Aufregung wegen der Lebensgefahr ihres Sohnes gesundheitlich gelitten und sich außerdem gestern noch einen Armbruch zugezogen.

Ein Karl-Marx-Platz in Leipzig. Die Leipziger Stadtverordnetenversammlung lehnte laut M.B. einen Antrag auf Umbenennung des Augustplatzes in Platz der Republik ab und nahm den kommunalistischen Antrag auf Umbenennung in Karl-Marx-Platz an.

## Will Stresemann den polnischen Handelsvertrag?

Kauscher hatte keinen Auftrag zur Wiederanknüpfung der Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Gesandte Kauscher ist am Mittwoch aus Berlin zurückgekehrt. Er verhandelte noch am Vormittag mit dem polnischen Außenminister, der sich abends nach Genf begab. Die polnische Presse melde anschließend auf Grund dieser Besprechung, daß die Instruktionen des Gesandten dahin lauten, vorerst eine Regelung der Niederlassungsverträge anzustreben und die Wiederaufnahme der eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zunächst auszusetzen. Dieser Vorschlag wird in Warschau als ein Zeichen der Unnachgiebigkeit der Berliner Regierung angesehen. Die polnische Presse glaubt, daß er wenig Aussicht auf Erfolg haben dürfte und weist darauf hin, daß Polen in diesem Falle die stärkere Position einnimmt.

Im übrigen ist man der Ansicht, daß ein Kompromiß in dem deutsch-polnischen Konflikt eher in Genf durch persönliche Initiative der beiden Außenminister erreicht wird. Jedenfalls wird die Berliner Reise Kauschers als ein Mißerfolg angesehen.

Warschau, 3. März. (Eigener Funkbericht.)

Der polnische Außenminister erklärte vor seiner Abreise nach Genf, er werde dort mit Stresemann, wenn möglich, über den deutsch-polnischen Handelsvertrag konferieren. Polen werde jedoch keinesfalls auf Sonderverhandlungen über die Niederlassungsfrage eingehen. Ueber das angeblich polnisch-englische Bündnis gegen Rußland befragt, erklärte der Außenminister, derartige Gerüchte seien ganz falsch. Weber habe England ein derartiges Bündnis Polen angeboten, noch werde Polen irgend einem antirussischen Block beitreten. Auch die Gerüchte über ein angeblich polnisch-litauisches Bündnis bezeichnete Minister Jaleski als falsch. Die Beziehungen beider Länder seien noch völlig ungeklärt und wenn Polen seinerseits auch eine Regelung derselben anstrebe, so werde es nie mehr als durch eine Revision der Wilnafrage erkaufen.

Von deutscher offizieller Seite war der Auftrag Kauschers nur undeutlich in der Öffentlichkeit umschrieben worden. Sollte er tatsächlich auf Wiederaufnahme der Niederlassungsverhandlungen vor den allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen hinausgelaufen sein, so wäre er von vorn herein aussichtslos gewesen, da das die Polen schon vor dem Verhandlungsabbruch mit annehmbaren Gründen ablehnten. Unser Optimismus gegenüber der Berliner Diplomatie scheint also wieder einmal mehr recht zu bekommen als uns selbst erwünscht ist. Oder soll Stresemann die Wiederanknüpfung der Verhandlungen selbst vorbehalten werden? Sein Parteifreund Rheinbaben hat sie ihm kaum erleichtert.

Vom 14. bis 16. vorigen Monats fand in Polen die im August 1926 in Opatow begonnene Verhandlung zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern über die Verwaltung der Grenz bildenden Strecke der Warthe und dem Verkehr auf dieser Strecke fortgesetzt worden. Die Verhandlungen haben zur Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens durch den Gesandten Dr. Eckardt einerseits und dem polnischen Delegierten von Koczowski, sowie dem Wojewodschaftsrat von Jarkowski andererseits geführt. Ferner sind in Polen zwischen den beteiligten Ressortvertretern Verhandlungen über den gemeinsamen Ausbau der Grenzstraße der Drewens eingeleitet worden. Die Verhandlungen laufen ebenso wie die gleichzeitig fortgeführten, bereits seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen zwecks Vorbereitung eines deutsch-polnischen Abkommens über die Fischerei in den Grenzgewässern, einen befriedigenden Ausgang erhoffen.

### Eine Rede des Reichskanzlers.

Auf einem Abend der auswärtigen deutschen Presse hielt der Reichskanzler Dr. Marx gestern einen wenig inhaltsreichen Vortrag, indem er für die neue Regierung um gutes Wetter bat. Ueber die letzten Neuerungen Briands sprach Marx freundlich. Auch die neue Regierung wolle, wie Briand die Verständigung und sie hoffe, daß auch die Hindernisse, die allgemein bekannt seien, aus dem Wege geräumt werden. Das Wort „Räumung“ sprach der Reichskanzler vorsichtigerweise nicht aus, wohl weil er weiß, daß die Aussichten für sie zurzeit recht ungünstig sind. Seiner Genugtuung gab er Ausdruck, daß die deutsche öffentliche Meinung im englisch-russischen Konflikt einmütig Stellung genommen habe. Die deutsche Regierung wünsche die Beseitigung der Schwierigkeiten, die zwischen den beiden großen Ländern entstanden seien. Ihre Politik sei durch den Vertrag von Locarno auf der einen Seite, durch den Berliner Vertrag mit Rußland auf der anderen Seite festgelegt. Innenpolitisch unterliege es der Kanzler, irgendwie auf seine unglückselige Rede für Herrn v. Reubell zurückzukommen — was ihm aber nicht erspart bleiben wird.

# Die Leninisten für deutsche Vaterlandsverteidigung.

## Bucharin erklärt einen deutsch-französischen Krieg von 1923 für einen „nationalen Befreiungskampf“.

Während die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr die freien Gewerkschaften 1920 im Ruhrkrieg den passiven Widerstand der Arbeiter des Einmarschgebietes gegen die militärische Besetzung empfanden, predigten damals die Kommunisten gemeinsam mit den Rechtsradikalen bekanntlich den „aktiven Widerstand“ und den deutsch-französischen Krieg. Die Entwicklung der kommunistischen Partei Deutschlands in den folgenden Jahren, die zwar noch zur Hindenburgwahl führte, aber andererseits doch auch zur Abhängigkeit der ultraradikalen Führung Ruthi Führers hinleitete, ließ der Hoffnung Platz, daß diese Abenteuerpolitik nun doch auch bei den Kommunisten erblüht sei und sie in Zukunft bei internationalen Konflikten Anstoß nicht mehr bei den Völkern, sondern bei der Sozialdemokratie suchen würden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß für jeden einzelnen der vielfachen möglichen Fälle in den imperialistischen Konflikten der Zukunft die sozialdemokratische Taktik schon rezeptmäßig feststände. Fest steht aber der unbedingte Friedenswille der sozialistischen Internationale, den schon die juristische Entwicklung der modernen Kriegstechnik diktiert. Darüber hinaus sind nicht nur in den Erfahrungen des Weltkrieges — auf dessen Träger weder Kriegskreditbewilligung noch Verweigerung Einfluß gewann — und der Nachkriegszeit mit ihren mißlungenen Antikriegsaktionen von 1920 bis 1923 auch die Mittel der Kriegsbekämpfung neu geprüft. Auch die internationalen Organisationen der Arbeiterklasse sind strenger organisiert worden. Gerade die Bolschewisten haben den Ruhen davon ja bei der Verhinderung westeuropäischer Interventionskriege durch die westeuropäischen Sozialisten und die damals sozialdemokratisch geführte deutsche Außenpolitik (Ablehnung des Augustbündnisses durch Hermann Müller) vergrößert und öffentlich anerkannt.

Um so nachdenklicher muß eine Verurteilung ihres derzeit maßgebenden Theoretikers Bucharin stimmen, der in einer langen Polemik gegen die deutsche kommunistische „Opposition“ (im neuesten Heft der „Internationalen Pressekorrespondenz“) noch einmal die kommunistische Taktik von 1923 rechtfertigt und bekräftigt. Er erklärt die Frage zwar für unaktuell, beschäftigt sich aber ausführlich mit der damaligen Lage und gibt einige prinzipielle Erläuterungen dazu. Lenin wird zitiert mit dem Satz, daß ein nationaler Krieg sich in einen imperialistischen Krieg verwandeln könne und umgekehrt. Auch für ein verfallenes Deutschland sei der Krieg gegen westeuropäische Imperialisten eventuell keine imperialistische und zu mißbilligende Aktion, sondern ein nationaler Befreiungskampf, wie in China, die Türkei und andere Länder mit Unterstützung Sowjet-Rußlands führten und wie er auch in Deutschland gegebenenfalls von den Kommunisten zu unterstützen sei. Lenins Wort, daß in einem wirklich nationalen Kriege der Begriff „Verteidigung des Vaterlandes“ kein Betrug sei und daß die Kommunisten nicht gegen eine solche Verteidigung wären, wird — immer für Deutschland! — hervorgeholt. Ohne Erwähnung der abhässlichen Richterfüllungspolitik der deutschen Schwerindustrie, die bekanntlich damals die Ruhrbesetzung zum Schutz gegen die Sozialisierungskampagne wünschte, wird von der „rüberischen Koalition der Alliierten“ gesprochen, gegen die Deutschland damals nur in der Abwehr gewesen sei. Allerdings hätte deswegen kein Zurückziehen mit dem deutschen Kapitalismus geschlossen werden dürfen, sondern die Machtergreifung der Arbeiterklasse war weiter zu fördern. Aber Bucharin erklärt, daß ein Krieg der bürgerlichen deutschen Regierung Cuno damals nicht nur nicht sabotiert, sondern geradezu entfesselt werden mußte.

Diese ganze Beweisführung erfolgt sichtlich nicht zufällig, nachdem die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuss das Sowjetgenossen-Gesetz mit Seckel endgültig zugegeben haben. Die deutschen Arbeiter sollen sich betrieblige „Prinzipien“ der kommunistischen Internationale tief einprägen, um die kommunistischen Agitationsreden richtig beurteilen zu können, die uns Sozialdemokraten im Tageskampf immer noch mangelnde Ent-

schiedenheit gegen den Imperialismus vorwerfen, zu einer Zeit, in der unsere Genossen in Westeuropa in der vordersten Front gegen den Imperialismus kämpfen und von den englischen Konterrevolutionen mit „an die Wand stellen“ bedroht werden, während die kommunistische Internationale im Interesse der russischen Außenpolitik deutsch-nationale „Verteidigungskriege“ empfiehlt.

## Der kommunistische Parteitag.

### Dämpfung durch die Zentrale.

Essen, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Mittwoch begannen im Saalbau in Essen die eigentlichen Verhandlungen des am Dienstag eröffneten kommunistischen Parteitages. Der Reichstagsabgeordnete Döngel erstattete den Tätigkeitsbericht der kommunistischen Zentrale. Er wandte sich scharf gegen die Kritik der Linken und Rechtsgruppierungen und kritisierte vor allem die ultraradikalen Auslassungen der Oppositionsführer. Die Partei werde dadurch in ihrer systematischen Gewerkschaftsarbeit gestört. Die von Lenin verfolgte Bündnispolitik mit dem gewerblichen Mittelstand und den Kleinbauern, die in Rußland so große Erfolge gemacht habe, müsse auch in Deutschland ohne jeden radikalen Unterton durch die geschickte Interessensvertretung von der SPD verwirklicht werden. Parlamentarische Fehler bei der Regierungsbildung in Weidenburg und andere Fehler bei der Behandlung der SPD in Thüringen wurden von dem Berichterstatter ebenfalls scharf gerügt. Einige Delegierte aus Thüringen veranlaßte das zu lebhaften Protesten. Im Anschluß an die Debatte erhielt die bisherige Parteiführung eine Mehrheit von 180 gegen 8 Stimmen.

## Preußische Bedenken gegen den neuen Strafgesetzbuch-Entwurf.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags beendete am Mittwoch seine mehrtägige große Aussprache über den Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuches mit der Annahme eines Antrags Dr. Schmidt-Rohlfen (Jr.), der den bisher von der preussischen Regierung zur Frage der Strafrechtsreform eingenommenen Standpunkt billigt und sie bittet, bei der Weiterberatung die in der Aussprache vorgetragenen Wünsche und Anregungen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Hinter dieser allgemeinen Fassung der Entschließung verbirgt sich die Tatsache, daß für einen positiven Beschluß wohl kaum eine Mehrheit zu finden gewesen wäre. Die Stimmung bei allen Parteien gegenüber dem Entwurf des neuen Strafgesetzbuches war aus Zweifel und Enttäuschung gemischt. Einmütig war der Rechtsausschuß nur in dem Gedanken, daß das neue Strafgesetzbuch gegenüber dem bestehenden gänzlich veraltet und eine Reihe sehr bedenklicher Mängel aufweist. So wurde z. B. der neuen Abgrenzung zwischen Mord und Totschlag, die den Begriff des Mordes außerordentlich weit erstreckt, von allen Disziplinarebenen widersprochen. Nahezu ebenso einmütig war man der Auffassung, daß es nicht wünschenswert sei, wenn der gegenwärtige Reichstag das neue Strafgesetzbuch noch verabschiedet und zwar mindestens dann nicht, wenn er nicht in der Lage sei, gleichzeitig die Strafvollzugsordnung, die Verwahrungsordnung und das Einführungsgegesetz (Strafprozessordnung) fertigzustellen. Auch der preussische Regierungsvertreter, Ministerialrat Schäfer, vertritt, daß Preußen den Gedanken der Notwendigkeit der einheitlichen Reform aus stärkster Überzeugung ablehnen werde. Das Wichtigste sei auch ihm die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen, dann folge der Strafvollzug und die Verlegung der Periode des Rechtsbrechens und erst in allerletzter Linie stehe ihm die materielle Rechtsnorm, das Strafgesetzbuch. Aus verchiedenen Gründen, aber im Endergebnis ebenfalls fast völlig übereinstimmend, lehnten die Redner aller Parteien das Projekt der Erweiterung der richterlichen Freiheit ab, das der Entwurf vorsieht. Wenn der Richter die Freiheit erhalten soll, bei Mord jede beliebige Strafe zwischen 3 Monaten Gefängnis und Todesstrafe zu wählen, müsse das Gefühl der Rechtsicherheit unbedingt schwinden.

Von der Sozialdemokratie wurden die Abschnitte über Hochverrat, Sittlichkeitsdelikte, Verbrechen gegen den Staat, Ehesdelikte und Gewohnheitsverbrechen eingehend kritisiert. Die sozialdemokratische Fraktion hat in einem ausführlichen Antrag in acht Punkten einige der Haupteinwendungen gegen den Entwurf formuliert herausgehoben. Auf eine spezielle Beratung und besondere Abstimmlung wurde mit Rücksicht auf das starke Bedenken abgesehen, ob es überhaupt zweckmäßig sei, das neue Strafgesetzbuch in der begonnenen Weise weiter zu bearbeiten und fertigzustellen. In Wahrheit stammt nämlich der Entwurf letzter Hand aus einer Zeit der Hochflut des Verbrechen und allgemeinen Verfallens nach härterem Schutz der Gesellschaft. Da diese Zustandserscheinungen jetzt überwunden sind, wäre es am besten, die ganze Arbeit vom Strafgesetzbuch her neu zu beginnen, als diesen sehr bedenklichen Entwurf weiter zu beraten und zu verabschieden.

Als erste Pfarrgehilfin ist nach bestandener Katechetinnenexamen ein Fräulein Pichardt am Magdeburger Dom angestellt worden.

## Die schwere Grubenkatastrophe in England.

Durch schlagende Wetter wurden am Dienstag morgen einundzwanzig Bergarbeiter in Südwales (England) 1933 getötet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen; sie waren durch ausströmende Gase aber erschwert. — Auf einem Schacht in Nottinghamshire ist am Dienstag morgen ein Gerüst zusammengebrochen, wobei 18 Bergarbeiter getötet wurden.

Die Zahl der Todesopfer, die die Grubenkatastrophe in Südwales endgültig zu fordern scheint, schwankt nach den Angaben zwischen 64 und 70. Starke Rettungskolonnen sind herbeigeholt, durch die Gesteinsmassen zu der Unglücksstätte vorzudringen. Es ist jede Hoffnung aufgegeben worden, den Unglücklichen noch rechtzeitig Hilfe bringen zu können.

London, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein heilloser Vorgang spielte sich am Mittwoch bei der großen Grubenkatastrophe in Wales ab. In völliger Verknüpfung der tiefen Bitterung, die sich gegen den Ministerpräsidenten wegen seiner parteiischen Haltung der Regierung im Ruhrkampf unter der bergbaureisenden Bevölkerung angehalten hat, begab sich am Mittwoch Waldwin nach dem Ort des großen Grubenunglücks, um durch seine Anwesenheit seine Sympathie kundzutun. Der Ministerpräsident hatte kaum sein Automobil verlassen, als er Gegenstand feindlicher Demonstrationen von Seiten der Bevölkerung des Katastrophengebietes wurde. Die Demonstrationen wurden von den Führern und Führern der Bergarbeiter aufs schärfste beurteilt. Im Ausgang zur Grube, wo Frauen und Kinder die ganze Nacht gewartet hatten, spielten sich herzerzitternde Szenen ab, als am Mittwoch morgen um 9 Uhr bekannt wurde, daß nunmehr jede Hoffnung auf Rettung der noch nicht Geborgenen vergeblich sei. Die mit Bergungsarbeiten betrauten Arbeiter haben bei dem Versuch, weitere Menschenleben zu retten, in den letzten 24 Stunden unersättlicher eigener Lebensgefahr unerhörten heroischen Entschlüssen.

## Kommt es zum Kampf um Shanghai?

London, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Marshall Sun der im Range zweite General der vereinigten Anti-Randarmee, hat den Rücktritt vollzogen. Seine Abkündigung wurde dem Marquis Tschangfolgt, dessen Armeen sich nunmehr auf die Provinz Ho-Nan zum Zweck des Angriffs auf Hankau bewegen, übermüdet. Der Gouverneur von Hang-tschau, Tschang Tschung-Tschang ist nunmehr alleiniger militärischer Herrscher von Shanghai. Im Gefolge der desertierten Truppen von Sun nunmehr die gesamte Armee des Marshalls Sun auf der Verteidigungslinie Südjang herausgenommen und durch Tschang Tschung-Tschangs Truppen ersetzt. Zurzeit wird im westlichen Distrikt von Shanghai links der sogenannten Edinburgh-Strasse eine zweite Verteidigungslinie angelegt. In amtlichen Kreisen Londons wird am Mittwoch mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen dem britischen Delegierten D'Malley und Tschang wegen der britischen Konzession in Kiang so weit fortgeschritten sind, daß ein Abkommen über die Konzession unmittelbar bevorsteht, das den besten Charakter, was das für die britische Konzession Hankau, tragen soll.

Die Tatsache, daß die britische Verteidigungslinie in Shanghai außerhalb der internationalen Konzessionen auf chinesischem Boden angelegt worden ist, hatte Anlaß zu einer Reihe von Anfragen führender Mitglieder der Arbeiterpartei im Unterhaus an den Außenminister gegeben. In seiner Antwort betonte Chamberlain, die britischen Truppen handelten lediglich zur Verteidigung des Lebens britischer Staatsangehöriger und würden daher auch ermächtigt werden, solche Stellen zu beziehen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe zur Schutze britischer Staatsbürger notwendig wären.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Der belgische Außenminister Vandervelde reist am Sonntag abend — wie uns aus Brüssel gemeldet wird — nach Genf zur Völkerbundstagung ab.

Gegen den deutschen Film „Kraft und Schönheit“ demonstrierten in Löwen hierliche Studenten, obwohl der Filmwerk von den belgischen Behörden mit Recht auch für Jugendliche freigegeben war.

Bojottbewegung gegen Nordamerika in Mexiko. Mexiko wird gemeldet, daß dort gegenwärtig Aufrufe und Flugblätter verteilt werden, die zum Boykott sämtlicher Waren aus Nordamerika in dem ganzen lateinischen Amerika verlangen.

Türkisch-russischer Handelsvertrag. Die seit einiger Zeit zwischen der türkischen Regierung und Sowjetrußland schwebenden Verhandlungen zwecks Abschluß eines Handelsvertrages sind nunmehr beendet worden. Eine Einigung ist in allen Punkten erzielt. Der Hauptvertrag wird noch im Laufe dieser Woche unterzeichnet werden.

Albert Thomas in Athen. Der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, traf heute in Athen ein. Er wird den Präsidenten der Republik und die hauptsächlichsten Minister besuchen. Bei seiner Durchreise in Saloniki erklärte Thomas, Präsidenten, er komme nach Griechenland, um dort die Ratifizierung der vom Internationalen Arbeitsamt empfohlenen Arbeitergesetze zu erwirken.

## Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Bertheimer.

407

„Vielleicht hat er Ihnen Mitteilungen zu machen, die Sie wissen sollten, ehe Sie zur Polizei gehen.“  
„Wenn das der Fall ist, so kann ich ja die Polizei nochmals anschauen. Rein, Lord Galing, ich darf nicht noch mehr Zeit verlieren. Ich muß mich sofort vergewissern, ob ich der Polizei nicht irgendwie bei der Auffindung des Verbrechens behilflich sein kann. Sie selbst geben ja die Möglichkeit an, daß der arme Hugh noch am Leben ist. Es darf also kein Augenblick verloren werden.“

Lord Galing gab auf freundliche Weise nach. „Ich werde Sie nach Scotland Yard bringen“, sagte er. „Ich will nur noch schnell hinterher telefonieren und was anmelden. Benjamin, rufen Sie doch, bitte, Wilson an.“

Und so erhielt Oberinspektor Wilson die Nachricht, daß John Pasquett in England eingetroffen war.

„Sie haben also Mr. Rableit nicht mehr gesehen, seitdem Sie sich von ihm in Rom getrennt haben?“ Es war Oberinspektor Wilson, welcher diese Frage an Pasquett stellte.

„Nein“, entgegnete Pasquett, „er verließ mich, um nach Moskau zu fahren. Er wollte den Vorkommnisse für Arbeit ausführen und die Arbeitsbedingungen für den Fall der Inanspruchnahme der Arbeit regeln. Ich habe in der Zwischenzeit von ihm einen Brief aus Moskau erhalten, in welchem er mir seine nächste Reise nach London mitteilte und mich bat, ihn in dieser Lage hier in London zu treffen. Ich hatte nach verschiedenen Geschäftsreisen vorher zu erledigen. Ich bin in der Zwischenzeit in Berlin gewesen und eben aus Polen zurückgekommen.“

„Sie sind wohl aber frag jurist?“ fragte Lord Galing.  
„Nein, ich magte nach Polen und nach Berlin. Von dort reiste ich direkt nach Paris und heute früh bin ich in London eingetroffen. In Paris war es, daß ich zum ersten Male von Hugh Rableits Ermordung hörte.“  
„Widerum ja Pasquett die Nummer des Mannes vom Vorlage aus der Tasche und lächelte hinan. „Und jetzt bin ich hier, um bei der Ermittlung von Hugh Rableit zu helfen.“ Pasquett lächelte melancholisch zu Oberinspektor Wilson hinüber, als er dies sagte. „Es stimmt

wohl, was die Zeitung darüber sagt, daß Rosenbaum der Täter ist.“

„Ich fürchte, ja. Ein Desperado, dieser Mann. Und Sie sagen, daß ihm Rableit niemals Ihnen gegenüber erwähnt hat?“

„Ich habe niemals ein Sternwort von diesem Herrn gehört. Ich kann mir nicht vorstellen, wo ihn der arme Hugh entgegentraf.“

„Dies scheint eine der Wertwürdigkeiten dieses Falles zu sein“, entgegnete Wilson.

„Aun hören Sie, Mr. Wilson. Ich bin kein reicher Mann, aber Sie können mir glauben, daß ich gerne meinen letzten Cent dafür opfere, um den Mann, der meinen armen Hugh ermordet hat, zu finden. Ueberdies verfügen Sie nach Belieben über meine Person. Ich möchte nützlich sein. Ich kann ohne Betätigung keine Ruhe finden. Eine Sache wie das — wirft einen Mann um.“

„Gewiß, Mr. Pasquett, aber meiner Meinung nach tun wir bereits alles, was überhaupt möglich ist.“ Wilson, der Pasquett schon einen vollständigen Ueberblick der Sachlage gegeben hatte, berichtete nunmehr genau über alle von der Polizei unternommenen Schritte.

„Aber gefunden haben Sie Rosenbaum bisher nicht. Es scheint, daß er sich recht dünn gemacht hat. Und es ist Ihnen nicht möglich gewesen, die Spur dieses Burschen über London Bridge hinaus zu verfolgen — oder den Koffer oder überhaupt irgend etwas zu entdecken? Nichts für ungut, wenn ich ein wenig groß scheine, Oberinspektor. Aber so liegen die Dinge wohl, nicht wahr?“

Wilson mußte zugeben, daß die Dinge so standen, aber man könne doch jeden Augenblick eine weitere Aufklärung erhalten. Eine ganze Anzahl von Zeugen seien an der Arbeit.

„Dann ist wohl die Behauptung der Zeitung, daß weitere Anhaltspunkte vorhanden seien, aus dem Blauen gegriffen?“

Wilson sagte: „Sie sind ja recht offenerzig, Mr. Pasquett; aber leider haben Sie nicht ganz so unrecht.“

Pasquett erhob sich und ging zum Fenster. Dort stand er eine Weile und starrte zum Fenster hinaus. Dann sagte er: „Hören Sie, Oberinspektor. Ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Ich habe niemals von diesem Rosenbaum gehört. Aber ich kenne Rußland und ich kenne die Russen. Wie wäre es, wenn ich mich selbst eigene Hände auf die Sache machen würde? Ich könnte den Zeugen erzählen, daß ich aus Rußland komme und seit Jahren an der Verbesserung der Anglo-russischen Handelsbeziehungen arbeite und dabei allen Rückschlag darauf

richte, daß die Sowjetregierung nicht über's Ohr gehauen wird — was ja nebenbei auch tatsächlich der Wahrheit entspricht. Ich könnte vor den „Genossen“ referieren und dabei meine Augen offen halten. Vielleicht kann ich auf die Weise die beiden Rosenbaum für Sie zur Strecke bringen. ... Ich dürfte ich nicht unter meinem eigenen Namen gehen, da sie ihn vielleicht kennen. Was meinen Sie hierzu?“

„Mein lieber Mr. Pasquett, ich will hoffen, daß Sie etwas daratiges nicht wirklich unternehmen wollen. Ich glaube, Sie dürfen das nicht zulassen, Wilson, meinte Lord Galing. Ein Tollkühnheit, so etwas zu versuchen.“

Pasquett lächelte. „Ich habe in meinem Leben schon Tollkühneres getan als das, Lord Galing“, sagte er. „Nebenbei bemerkt, es ist gar nicht so gefährlich und ich verstehe es auch gezeichnet, auf mich selbst aufzupassen.“

„Natürlich“, sagte Wilson, „für den Fall, daß Mr. Pasquett wirklich etwas daratiges versuchen sollte, kann er der bürgerlichen Unterstützung von Seiten der Polizeibehörde sicher sein.“

„Nein — besten Dank. Keinen Polizeischutz für mich. Ich würde mich sofort verhaftet machen. Das würde meine Operationen erheblich vermindern. Ich will mich ganz und gar um Sie kümmern, verstehen Sie?“

„Sie dürfen aber ja nicht“, fuhr Lord Galing fort. „Leben riskieren, alles hängt jetzt an Ihnen.“

„Mr. Pasquett hat recht“, meinte Wilson. „Wenn er sich so etwas macht — ich zweifle sehr, ob es überhaupt richtig ist, daß er es macht — dann geht er schon besser allein vor. Natürlich können wir Vorzüge dafür treffen, daß ihm die Polizei jederzeit zur Hand ist, wenn er sie brauchen sollte.“

„Dann sind Sie also einverstanden“, sagte Pasquett und griff nach Wilsons Hand. „Ausgeschlossen. Ich werde sofort meine Vorkehrungen treffen.“ Er wandte sich an Lord Galing. „Ich fürchte, es wird also jetzt nichts aus Vertelen Square geben mit dem ...“

„Mein lieber Freund, er kann nur willkommen sein, wenn immer Sie kommen. Aber ich möchte Sie zu gern an diesem teilnehmen und völlig ruhelosen Abenteuer abdrängen. Glauben Sie mir, die Polizei wird alles herausbringen, was überhaupt herausgefunden werden kann. Der Laie als Detektiv — das gibt es nur in Romanen. Sie werden nichts erreichen und nur Unannehmlichkeiten erleben.“ (Fortsetzung folgt.)

## Der Reichsinnenminister vor dem Haushalts-Ausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat am Mittwoch vormittag die Beratung des Haushalts-Reichsministeriums des Innern. Der Bericht Dr. Schröder (Ztr.) stellte fest, daß dieser Haushalt für einen Zufluß von 53 556 445 Mark erfordert gegenüber 28 461 440 Mark im Jahre 1926, so daß sich eine Ersparnis von 25 095 005 Mark ergibt. Auf die fortbauenden Ausgaben von 33 322 022 Mark, während die zusätzlichen Ausgaben von 443 950 Mark betragen. Verglichen mit dem Haushalt für das Jahr mit rund 484 Millionen und für die Marine mit 223 Millionen ist der Haushalt des Reichsinnensministeriums recht bescheiden. Für die Deutsche Hochschule für Politik sind 60 000 Mark angefordert, für die fremdsprachliche Ausbildung der Reichsbeamten 50 000 Mk., für besondere wissenschaftliche Aufgaben der Volksgemeinschaft der deutschen Volkshochschule 3 Millionen Mark, für Neubauten wissenschaftlicher Institute 300 000 Mark. Der Voranschlag für den Erweiterungsbau des Deutschen Städtions in Berlin sieht 500 000 Mark vor, für die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Besichtigung der (olympischen) Olympischen Spiele in Amsterdam sind 150 000 Mk. angedient, ein Baukostenzuschuß für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden macht eine Million Mark aus.

Reichsinnenminister v. Reubell erklärte in einer inhaltlichen Rede, die Reichsregierung lasse sich die Förderung der Verwaltungsreform auch weiterhin besonders angelegen sein. Der wertvollste war im übrigen nur der Hinweis, daß er als bemerkenswerte Aufgabe die beschlossene Vorlage des Reichsgesetzes über die Einführung einer Reichsangehörigkeit für die Frauen eine Neugestaltung erfahren müßten. Er forderte die Einrichtung eines Zentralamtes für Deutschkulturspflege bei dem Reichsinnenministerium.

Abg. Kütz (Dem.) bezeichnete die Groß-Hamburg-Frage als eine ausschließlich preussische, sondern eine Reichsfrage; der Reich sei unmittelbar und ausschlaggebend beteiligt. Der Zeitpunkt sei gekommen, die Einführung einer Reichsangehörigkeit zu prüfen, wobei auch die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der Frauen eine Neugestaltung erfahren müßten. Er forderte die Einrichtung eines Zentralamtes für Deutschkulturspflege bei dem Reichsinnenministerium.

Abg. Sölkemann (Soz.): Gegenüber dem Vorjahre erhält das auswärtige Amt mehr an Zuschüssen 2/3 Millionen Mark, das Reichswirtschaftsministerium mehr 2,3 Millionen Mark, Reichswehr und Marine mehr 16,5 Millionen Mark, das Reichsministerium des Innern aber an Mehraufschlag nur 1,3 Millionen Mark. Nicht man von den fortbauenden Ausgaben dieses Ministeriums der Reichsminister zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung und die Technische Ratskammer so bleiben 19,1 Millionen Mark. Die fortbauenden Ausgaben des deutschen Kulturbetriebs sind also nur wenig höher, als in einem Jahre der Reichswehretat sich gegenüber dem Vorjahre gesteigert hat. Der Reichsinnenminister ist leider an allen politischen Fragen vorübergegangen. Wie steht er zum Ablauf des Republikshilfsgesetzes am 1. Juli dieses Jahres? Ich bitte um Auskunft, ob und welche Bestimmungen verlängert werden sollen. Ich denke vor allem an die Rückkehr des ehemaligen Kaisers, gegen die das Republikshilfsgesetz noch die einzige Schranke bildet. Parteifreunde des Herrn Ministers haben eben erst die Lösung ausgegeben: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ Gehört der Minister etwa selbst zu dieser Gruppe innerhalb der Deutschnationalen Partei? Vor zwei Jahren haben die Deutschnationalen, als ihr Minister Schiele hier sprach, große Vorstöße zum Abbau der demokratischen Verfassung unternommen. Sie wollten eine Reform des Wahlrechts, Ausbau des Reichstags zum Oberhaus, Abbau des Artikels 54, der für die Reichsregierung das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments verlangt. Nichts von alledem haben wir in der Regierungserklärung gehört. Wie stehen die Deutschnationalen, wie steht der Herr Minister zu diesen Fragen? Auch über das in jedem Jahre verlangte und angekündigte Ausführungsgesetz zum Artikel 48 (Diktaturparagraf) hat sich der Minister ausgesprochen.

Im vorigen Jahre ist durch eine begründete Indiskretion ein Referentenentwurf in die Öffentlichkeit gelangt. (Abg. Kütz: Man hat im verkehrten Schutzbuch gestohlen!) Wo gibt es doch solche Schutzbücher im Ministerium des Innern. Heber den Inhalt möchten wir Auskunft haben. Was bestimmt vor allem die Sorge, daß der militärische Ausnahmezustand in den Gesetzentwurf hineingearbeitet werden soll. Wie steht es mit den Verhandlungen über ein Konkordat? Zahlreiche Demotischen leugnen solche Verhandlungen; gewisse Verhandlungen sind aber doch zweifellos seit Jahren im Gange. Gerade von der jetzigen Reichsregierung möchten wir etwas über ihre Absichten auf diesem Gebiete erfahren. Die ministerielle Ankündigung, daß das Reichshilfsgesetz „beilehnig“ vorgelegt werden solle, genügt uns nicht.

Die Reichsverfassung wird in Bayern noch immer wenig beachtet. Von einer deutschen Reichseinheit kann noch immer nicht gesprochen werden. So wird in Bayern eine Partei, die Kommunistische, unter zweifellosem Bruch von Verfassungsrechten vollkommen unterdrückt, während die monarchistische Propaganda ungehindert sich entwickelt und zwar nicht nur unter Billigung, sondern auch unter Beteiligung republikanischer Behörden. Das sind verfassungswidrige Zustände. Den Vorwürfen gegen Artikel 109 der Reichsverfassung (Verbot der Einzelverleumdung) lege ich keine so große Bedeutung bei. Ich bin der bayerischen Regierung dankbar, daß sie nicht den Verfassungssatz durch solchen Titellegen entwürdigt, sondern die Verfassungslage, das große deutsche Kinderfest, für diese Kinderfesten gewährt hat. Immerhin liegen klare Verstöße gegen die Verfassung vor. Ein Antrag von uns verlangt ein Einbrechen der Reichsregierung. Sehr ernst ist die Tatsache, daß der bayerische Ministerpräsident bayerische Beamte, so den Herrn Oberbürgermeister von Nürnberg, geradezu bedroht hat, weil sie für den deutschen Einheitsstaat eingetreten sind. Auch in Bayern muß es den Beamten freistehen, ob sie das unitarische oder das föderalistische Prinzip vertreten wollen.

Auskunft möchte ich ferner gern über den Inhalt des geplanten Ministerpensionsgesetzes haben. Besteht übrigens noch die Absicht, ein Reichsehrenmal zu errichten? Bedauerlich ist, daß der Reichsminister kein Wort über seine Beamtenpolitik und über das Verhältnis der Beamtenschaft zum neuen Staate gesagt hat. Gerade angesichts seiner politischen Entwicklung möchten wir hier programmatische Darlegungen hören. Immer stärker wird der Eindruck, daß die jetzige Gliederung des Reiches in 18 Länder unhaltbar ist. Die Differenzen zwischen den Ländern und zwischen diesen und dem Reich sind unwürdig und hemmend. Die programmatische Rede des preussischen Ministerpräsidenten müßte in diesem Ausschuß und bei der Reichsregierung einen Widerhall finden. Nachdem die Grenzen unseres Reiches nach außen hin so gut wie gesichert sind, wird die Frage der Neugliederung des Reiches in den Vordergrund treten müssen. Für uns ist das Ideal die deutsch-deutsche Einheitsrepublik.

Anschließend legte Dr. Cremer den Standpunkt der Deutschen Volkspartei zu den Problemen der Innenpolitik dar. Dann verlangte Abg. Berndt (Dnat.) die baldige Vorlage des Ministerpensionsgesetzes und sprach sich gegen die Aufrechterhaltung des Republikshilfsgesetzes aus. Im übrigen rügte der deutschnationale Redner von der Entschädigung der Weisung-Konkordanten ab. Abg. Dr. Schröder (Ztr.) erklärte, seine Partei halte am Gedanken des Föderativstaates fest.

Abg. Hoss (Soz.) verlangt Beratung, wenn der Minister nicht sofort Auskunft erteilen könne, die Regierungspartei widersprechen. Längere Zeit läßt der Minister die Geschäftsordnungspräsidenten ganz passiv über sich ergehen. Schließlich fragten die Sozialdemokraten, bei den Einzelpositionen die Fragen zu wiederholen. Dann erhebt sich der Minister und erklärt sich bereit, nach Rücksprache mit dem Reichskabinet am Donnerstag die geforderten Auskünfte zu geben.

## Aus aller Welt.

### Keine Einschränkungen am Volkstrauertag.

Wie der preussische Innenminister mitteilt, gilt der Sonntag, der 13. März, an dem vom Volksbund für Kriegsgedächtnis für den sogenannten Volkstrauertag veranstaltet wird, nicht als gesetzlich anerkannter Feiertag, so daß irgendwelche polizeilichen Einschränkungen nicht in Frage kommen.

### Das Münchener Eisenbahnunglück vor Gericht.

Wegen des folgenschweren Eisenbahnunglücks, das sich am Pfingstmontag letzten Jahres bei der Einfahrt in den Münchener Ostbahnhof ereignete, hat sich nunmehr der 52jährige Lokomotivführer Kubele aus Rosenheim vor dem Schöffengericht München wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung und fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Kubele führte damals den mit etwa 1500 Personen besetzten Personenzug 814 von Buchloe nach Salzburg, der nahezu in voller Fahrt auf den vor dem Bahnhof gestellten und eben wieder anlaufenden Personenzug 820 aus Kufstein aufstieß. Da beide Züge mit Pfingstausflüglern überfüllt waren, fanden 28 Personen den Tod, 274 wurden, zum Teil schwer, verletzt. Die Verhandlung wird etwa vier Tage in Anspruch nehmen. Die Anklageschrift erkennt an, daß Kubele ein bewährter Beamter mit 30 Jahren Dienstzeit ist. Sie legt ihm zur Last, das letzte Blocksignal vor dem Bahnhof München-Ost überfahren und dadurch das Unglück verursacht zu haben. Dieses Signal war bis zehn Tage vor dem Unglück während der Wintermonate außer Betrieb gesetzt. Von der Wiederinbetriebnahme des Blocksignals ließ Kubele allerdings unterrichten gewesen sein. Der Lokomotivführer und sein Heizer behaupten, daß das Blocksignal und sein Vorblocksignal auf Fahrt gestanden hätten. Zur Verhandlung sind 42 Zeugen geladen, zum Teil Eisenbahnbeamte, zum Teil Reisende der beiden Züge. Die Verhandlung wird sich in der Hauptsache um die Frage der Signalstellung drehen.

Da Kubele beide Verteidiger am Dienstag verstorben waren, beantragte der Angeklagte Aussetzung der Verhandlung. Das Gericht lehnte jedoch den Antrag Kubeles einstimmig ab und begann, nachdem Kubele es unter diesen Umständen ablehnte, sich zur Anklage zu äußern, sofort mit der Zeugenvernehmung. Der Blockwärter der fraglichen Blockstation vor dem Ostbahnhof München behauptet, daß Vor- und Hauptblocksignal seiner Blockstelle für den Unglückszug auf Halt gestanden habe. Auch der Oberbefehlshaber und der Oberlokomotivführer eines Nachbarzuges, die unmittelbar Zeugen des Unglücks waren, befanden sich übereinstimmend, sie hätten sich selbst davon überzeugt, daß das Signal auf Halt gestanden habe, während der Unglückszug vorbeifuhr. Der nächste Zeuge, Kefel, Lokomotivführer Schrädel, der auf dem Unglückszug als Heizer mitfuhr, wurde trotz seiner Einwendungen nicht vernommen. Er behauptet, daß Kubele an dem Unglückszuge, wie immer im Dienst, keinen Tropfen Alkohol zu sich genommen habe und behauptet, daß das Durchfahrtsignal auf der Blockstation grünes Licht, also freie Fahrt, gezeigt habe; eine Täuschung sei ganz ausgeschlossen. Die ärztlichen Gutachten stellten

Tubose als völlig normalen Menschen von großer Regsamkeit und großem Berufsinteresse hin. Sein Intelligenzheft sage über den normalen Durchschnitt hinaus. Er sei ein Mensch von sehr starkem Selbstbewußtsein, das Sehen eines Signals sei für ihn nicht bloß ein mechanischer Vorgang, sondern geradezu ein Erlebnis. Seine geistige Elastizität sei allerdings Schwankungen unterworfen, was in strafrechtlicher Hinsicht berücksichtigt werden müßte. Der Oberlokomotivführer Niemann von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer wurde als Sachverständiger zur Beurteilung der Mentalität des Lokomotivführers zugelassen. Er bedauerte, daß er nichts aus seiner 20jährigen Berufserfahrung vorbringen dürfe und betonte, daß einem Lokomotivführer die Beobachtung der Signale in Fleisch und Blut übergegangen sei. Die meisten weiteren Zeugen sind Beamte und Bedienstete der Reichsbahn, die im großen und ganzen bestätigten, daß die Signalanlagen am Pfingstmontag völlig in Ordnung gewesen seien. Zwei Vertreter der Berufsorganisation der Lokomotivführer sprachen sich scharf gegen die Verhinderung der Dienstleistungen für das Fahrpersonal aus, die eine erhebliche Betriebsunsicherheit zur Folge habe. Die Zeugenvernehmung wurde hierauf abgeschlossen und der Prozeß auf Donnerstag vertagt.

### Aufdeckung eines Verbrechens nach sieben Jahren.

Im Jahre 1919 verschwand der Schlächtermeister Burmeister aus Lippelne in der Neumark. Es wurde verbreitet, daß er nach einem Ehebruch nach Amerika ausgewandert sei. Jetzt hat der Schwager des Verstorbenen gestanden, ihn damals im Einverständnis mit Frau Burmeister ermordet zu haben. Die Leiche ist aber noch nicht aufgefunden worden.

### 1 Jahr 3 Monate Gefängnis für einen gewissenlosen Fleischer.

Von dem Magdeburger erweiterten Schöffengericht wurde der Fleischer Höpfer aus Schnarsleben zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Fleisch von einem verendeten Schwein verkauft hatte, nach dessen Genus eine große Anzahl Personen an Paratyphus erkrankt war. Die mitangeklagte Frau des Fleischers erhielt 3 Monate Gefängnis.

### Ein intimes Verhältnis nicht ehrenrührig.

Bei einem Wiener Gericht hatte ein Mädchen einen Angeklagten wegen Ehrenbeleidigung angeklagt. Die Klägerin hatte als Untermotiv bei der Tante des Beklagten gewohnt. Als es zu einem Mißverständnis kam, äußerte der junge Mann, das Mädchen habe mit ihm ein intimes Verhältnis unterhalten. Er mußte jedoch später zugeben, daß diese Behauptung eine Lüge war. Das Mädchen, das sich in seiner Ehre schwer verletzt fühlte, strengte daraufhin Anzeige an. Der junge Mann wurde jedoch vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß die getane Verurteilung nicht den Tatbestand der Ehrenbeleidigung darstelle. Beide, Klägerin und Beklagte, seien ledig. Heutzutage erhalte die Behauptung, eine ledige Frau habe mit einem unverheirateten Mann ein intimes Verhältnis, nicht den Vorwurf einer unehrenhaften oder unfittlichen Handlungsweise.



## Was man über die Margarine-Fabrikation wissen muss!

Nur die feinsten Speiseöle und Fette werden zur Herstellung der Feinkost-Margarine „Blauband frisch gekirnt“ verwendet und mit bester Milch gebuttert (gekirnt). Die fertige Ware ist das Reinste und Reinlichste, was man sich denken kann.

1/2 Pfd. 50 Pfennig



Verlangen Sie beim Kauf die beliebte „Blauband-Weche“



# Sonder-Angebot aus unserem Räumungs- Ausverkauf

- Pullover reine Wolle, durchgemustert . . . . 4.90
- Pullover reine Wolle, früher 8.90 . . . jetzt 6.90
- Pullover Kunstseide, entzückende helle Farben 6.90
- Pullover mit Kragen . . . . . 8.90
- Westen reine Wolle, durchgemustert . . . . 6.90
- Westen besonders gute Qualitäten . . . . . 9.75
- Pulloverkleid reine Wolle, früher 22.75  
jetzt 16.75

Alles nur gute Qualitäten!



**Uhren u. Goldwaren**  
Spezialität:  
**Jugendlose Trauringe**  
Große Auswahl in  
**Konfirmations-Geschenken**  
**Paul Alter**  
Kupferhämdestraße 17, neben Hufschänke

**A. Nicklaus, Breslau V**  
Friedrich-Otto-Str. 3566 : Gröhschloßer Str. 33  
**Eigene Fabrikation von Bürsten.**  
**Besen und Pinseln aller Art**  
Schuertiicher, Fußmatten, Absläuber  
Teppichklopper, Wäscheleinen, Bind-  
fäden, Gurte, Stricke, Seife, Kämme,  
Schwämme und Fensterleder.  
Anfertigung und Reparatur sämtl. Bürsten.

**Wie der Weltkrieg entstand.**  
Das antike Altmaterial und  
die Randbemerkungen des Kaisers  
180 Seiten Preis nur 60 Pf.  
Volksrecht - Buchhandlung.

# Sonderverkauf Stoffe!

Extra billige Lager- und Sonderposten

## Kleiderstoffe

- Reinwollene Popeline in großem Farbensortiment . . . . . Meter 2.65 **1.95**
- Zwirn-Popeline hervorragend gute Qualität, 100 cm brt. Meter **3.65**
- Wollbatiste unifarb., in vielen Farben Meter **1.95**
- Kleiderschotten schöne, moderne Muster und Farben Meter 1.35, 95 **85 Pf**
- Wollschotten 100 cm breit, große, vielfarb. Karos, Meter **2.50**
- Cheviot reine Wolle, marine, 80 cm breit . . . . . Meter **1.85**
- Cheviot reine Wolle, marine, 100 cm breit . . . . . Meter **2.35**
- Kostüm-Cheviot reine Wolle, marine, schwarz 130caust 2.95 **2.45**
- Frühjahrs-Pullover reine Wolle, elegante Dessins, Meter **1.95**
- Gabardine prima reinwollene Qualität, 130 cm breit, in vielen Farben . . . . . Meter **4.50**
- Crêpe de Chine 100 cm breit, reinseiden, in großem Farbensortiment . . . . . 6.95 **5.45**
- Eolienne ca. 90 cm und 100 cm breit, reine Wolle und Seide, in allen Farben, in guter Qualität, Meter 5.50, 4.50 **3.90**
- Helvotiaselde reine Seide, für Tanzkleider u. jeden Zweck, leichte Farben, extra gute Qualität, Meter **3.45**
- Wachseide moderne Karos Meter **1.45**
- Wachseide herrl. mod. Druckmuster Meter 2.45, 1.85 **1.35**
- Foulardine einfarbig, in Qualität Meter **1.55**
- Crêpe de Chine reine Seide, in herrl. neuen Druckmustern, 95/100 cm breit . . . . . Meter 7.25 **6.95**
- Madriester ex. gut, schw. Qual., für Herren- und Knabenbekleidung . . . . . Meter **1.95**
- Foulard-Satln 100 cm breit, in herrl. Druckmustern . Meter **1.65**
- Seidenbatist best. Qual., 112 cm breit, neue Ware, viele Farb. Meter **1.45**
- Schweizer Opal 112 cm breit, weiß Meter 1.95 **1.75**
- Seidenbatist 112/16 cm echter Schweizer, weiß, Meter **95 Pf.**
- Schürzensatins buntfarbig, Meter 1.15 **95 Pf.**
- Besatz-Kattune echtfarbige, bunte Meter **75 Pf.**
- Damast-Kostümfutter 140 cm breit Meter **2.95**
- Damast-Kostümfutter halbseidenes, herrliche Must. Meter **1.75**

- Wash-Mousseline bunt, mod., schöne gedeckte Muster Meter 65 **55 Pf**
- Blusenzepphir gestreift und einfarbig, auch für Kleider, Untertrücker und Sportheimden Meter **58 Pf**
- Hemden- und Blusenflanell ganz prima Ware, helle Streifen, Meter **58 Pf**
- Bunte Velours bedruckt, für Kleider Meter 68 **58 Pf**
- Oberhemden-Perkal in Qualität, schöne Streifendessins, 80 cm breit . Meter **85 Pf**
- Pulloverstoffe herrliche neuenartige Dessins und Seideneffekten Meter 1.25 **95 Pf.**
- Voll-Volle 112 cm breit, hoch-elegant, vielfarbige aparte Muster Meter 1.25 **95 Pf.**
- Voll-Volle 112/16 cm breit, prima Schweizer, weiß Meter **1.45**
- Schwarzer Schürzen-Panama 120 cm breit Meter **1.45**
- 70 cm breit Meter **95 Pf**
- Schürzen-Kretonne 80 cm bet., herrliche bunte Muster Meter 95 **78 Pf.**
- Blaudruck-Kleidermessel mit kleinen Druckchtern, in Ab-schnitten v. 2 1/2 bis 4 1/2 Mtr. in schönen, praktischen Mustern . . . Meter **55 Pf.**

**Stadttheater**  
Donnerstag 8 Uhr:  
"Eosca"  
Freitag 8 Uhr:  
14. Wagn. Vorstellung  
Serie 5  
**Sannetes Simeffahrt.**  
Erstaufführung  
"Der Zauberweiger"  
Sonnabend 8 Uhr:  
"Der Mikado"

**Lieblich-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Das bejubelte  
**März-Programm**  
Billige Eintrittspreise  
von 50 Pf. an.  
Jeden Sonntag  
nachmittags 3 1/2 Uhr  
Familien- und  
Kinder-Vorstellung  
Das volle Programm  
zu ermäßigten Preisen.

# Zur Einsegnung

Die zweckmäßige, gediegene und geschmackvolle Kleidung.

- Einsegnungs-Kleider**  
aus gutem weißen Ribb und Wollkrepp, mit langem Arm, elegante Verarbeitung, Länge 86 **17.50**  
47.50 36.50 29.50 19.50
- Einsegnungs-Kleider**  
aus weißem Crêpe de Chine, reizende, hochlegante Ausfüh-rung, mit kurzem und langem Arm Länge 90 **32.00**  
59.00 54.00 46.00
- Schwarze Sammet-Kleider**  
beste Körper-Qualitäten, elegante Seidengarnierung, mit langem und kurzem Arm Länge 80 **17.00**  
38.50 27.50 19.75
- Einsegnungs-Anzüge**  
aus blauem Melton- u. Kammgarn-Cheviot, mit langer Umschlaghose **18.75**  
42.50 35.00 27.00 24.50
- Prüfungs-Anzüge**  
a. mittel- u. dunkelfarb. Strapazierstoffen, mit langer Umschlaghose **15.75**  
34.00 28.50 24.00 19.50

**Unterwäsche, Oberhemden, Krawatten, Handschuhe, Strümpfe, Hüte**  
in bekannter Preiswürdigkeit und großer Auswahl!

**Rudolf Petersdorff**  
Breslau, Ohlauer-Str. 8

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne.  
Tel. Stephan 36306.  
Täglich 8 Uhr:  
Der große Operettenerfolg!  
In  
**der Johannsnacht**  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Das Dreimäderlhaus**

**Elegante Masken**  
von 2 Mtr. an, sowie Neu-  
aufbereitung billigt  
**Zander, Gelhornstr. 28, I.**

**12.45, Bad, in  
Modell 26, 9.90  
Nur bessere, neue**

**Räder**  
Sr. 49  
Pa. 53  
Anb. 49  
Srb. 49  
Kena 95

extra gute Marken  
58, 68, 78, 89, 98, 110  
Stenn 42, 39  
33, 28, 25, 21  
Kette 1.25, Ballas 1.85  
Stern 1.45, Stenn 1.75  
Senior 1.95, Oberger. 3.95  
Feige 95, rennsp. 5.98  
Sattel 2.95, Kena 1.485  
Lohmann, Beleda 7.98  
Sorberrad in gelb 5.98  
Katzene 1.35, Torpedo 3.85  
2.75, Conti 4.59, 2.95  
Dele Berg 4.59, Draht 4.-  
Schlauchreifen 7.99, 6.75  
Globe 25, Speiche 2, Keil 7 Pf.  
**Mahn, Katharinenstr. 18.**

**Robe-Theater**  
Tel. Ring 6774  
Donnerstag, Freitag,  
abends 8 Uhr:  
**Ein besserer Herr**

**Thalia-Theater**  
Tel. Ring 6700  
Donnerstag, Freitag,  
abends 8 Uhr:  
**"Belphegor"**

**Damen-, Kinder-, Konfirmationskleider**  
werden billigt nach Maß  
angefertigt. Jung, Sieben-  
hufenenstraße 7, Hof links,  
I. Etage 63b

**Badekur in Breslau**  
Kohlenlaure, Schwefel, Sickermaße und  
alle anderen Kurbäder in Breslau  
**Ballenschwimmbad**

**Jedem ein Fahrrad**  
Abzahlung ganz nach Wunsch.  
Große Auswahl von 60 Mtr. an. Zubehör gratis.  
**R. Mühlle & Sohn**  
Lauenzienstraße 55, Nähe Tschirnstraße.

**Benutze die Buchkarte**  
Für 50 Pf. wöchentlich  
kannst Du die größte Auswahl von  
unvergleichlichen Wert erwerben!  
Wende Dich sofort an unsere  
**Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5**

**Zechziger**  
**Wohlfleischerei**  
Markthalle Gartenstraße  
empfiehlt an. Innges Gleich  
u. Würstwaren zu bill. Preis.  
**Knoblauchweiff**  
3 Pfd. 95 Pfennige.

**Monteur-Joden u.**  
auch für Lehrlinge u. Bau-  
Größen, nur beste Fabrikate.  
**Adolf Malinowitzer**  
6743 Koflerstr. 23.

**Anzug-Zutaten**  
4 bis 12 Mtr., Ritter Mtr.  
bis 30 Mtr., Feinwand Mtr.  
35 Mtr. bis 1.20 Mtr., Werm-  
futter Mtr. 48 Mtr. b. 1.40 Mtr.  
Garn 1000 Mtr. 25-70 Pf.  
Seitgarn 20 Gramm 10 Pf.  
Walo-Schnülfäden 100 Yds.  
2.00 b. 8.00 Mtr. Knöpfe 25  
3-10 Pf., Gerüstseife 10 Pf.  
13 Pf., Erdalose 15 Pf.  
Detail und Entges

**Fahrräder**  
6747 auf  
**Teillzahlung**  
Herr- u. Dam.-Räder  
Renn-Maschinen  
**Anzahlung 10.-**  
**wöchentlich 5.-**  
ohne jede Zinsberechnung  
Sämtliche Ersatzteile vorrätig  
Lombard- u. Kredithaus  
Kaiserstr. 30 - Schloßplatz 7  
Ausgang Portal 4, 1

**Bertold Lipper**  
Heinrichstraße 16  
Biliale: Oberstraße 17  
**Bertha**  
**Konfirmanden- und**  
billig zu vert. Burgstraße  
Anwaldf.

**Buchhandlung**  
**Volksrecht**  
Modernes Antiquariat  
Breslau 3, N. Graupenstr.

**Gelegenheitskauf**  
für Konfirmanden usw.  
**Silb. Herren-Uhren**  
fabrikneu  
mit Gang-Garantie  
in Schweizerwerk Nr. 19.00  
**Leibhaus Müller & Co.**  
Obischer Straße 50, 1. Etg.

**Arbeiter, Angestellte, Beamte**  
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses  
und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen  
Unternehmen der

## Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-  
Aktiengesellschaft.

Auskunft erteilt bzw. Material versendet kostenfrei d. Rechnungsg.  
in Breslau, Margaretenstr. 17, 1., Zimmer 112, alle Lager des  
Konsumvereins "Vorwärts", die Büros der Gewerkschaften  
od. d. Vorstand d. Volksfürsorge, Hamburg 5, An d. Alster 58/59.





# Gewerkschaftsbewegung.

## neue Verhandlungen im Lohnstreit der schlesischen Textilindustrie.

Am Donnerstag finden zur Beilegung des Lohnstreits in der schlesischen Textilindustrie in Breslau abermals Schlichtungsverhandlungen statt. Die Verschleppung der Entscheidung hätte sich vielleicht vermeiden lassen, wenn der Schlichter bei den letzten Verhandlungen sich zur Fällung eines Spruchs entschlossen hätte. Er verzies aber den Lohnstreit an das Reichsarbeitsministerium, da er die Verantwortung für einen Spruch nicht übernehmen wollte. Das Ministerium hat ein Verbot erlassen, das die Verhandlungen zu einem Scheitern verurteilt. Die Arbeitgeber bei ihrem bisherigen unmöglichen Forderungen (7 Prozent) Erhöhung auf die Zeillöhne und 5 Prozent Erhöhung auf die Akkordlöhne, dann werden in einigen Betrieben rund 60 000 Textilarbeiter in Schlesien in Ausperrung zu bringen.

## Gewerkschaftliche Jugendarbeit 1926.

Das abgelaufene Jahr infolge der Wirtschaftslage für die Gewerkschaften zu (dennoch dürfte die Mitgliederzahl für den nächsten Monat (September) sich erhöhen, so brachte es der gewerkschaftlichen Jugendarbeit doch starke innere Festigung. Die Arbeit wird gewürdigt und gefördert. Die Jugend selbst nimmt einen größeren Anteil. Eine Reihe größerer Ortsausläufe wie Berlin, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M. führten zu einer großen Jugendtagung für Jugendliche, besonders für Jugendfunktionäre, in Breslau. Einige dieser Kurse waren zugleich Freizeitkurse für Erwerbslose. Der Metallarbeiter-Verband veranstaltete in seiner Wirtschaftsschule Dürrenberg vom 1. bis 15. November einen Jugendleiter-Kursus mit 50 Teilnehmern im Alter von 17 bis 30 Jahren. Der Lehrplan sah alle Gebiete der gewerkschaftlichen Jugendarbeit vor. Der Unterricht wurde durch Betriebsbesichtigungen, vom Verlauf wird gutes Urteil, wenn gleich in einigen Fächern (so Arbeitsrecht) in verschiedenen Alters der Teilnehmer eine Teilung der Arbeit vorgenommen wurde. Auch der Dachdecker-Verband hat eine geplante Lehrlingschule im November eröffnet. Für den Lehrgang steht unser Interesse voran. Nicht nur handelt es sich um einen Berufslehre mit besonders enger Zusammenarbeit, sondern auch um schwer zu behandelnde Menschen. Hier war alles Versuch. Der Eröffnung der Schule am 21. November in Frankfurt a. M. eine künstlerische Veranstaltung voraus; dann begann die Arbeit im Schulheim im Taunus. Der Lehrplan umfasste folgende Fächer, die die Berufsschule vertritt: Ferner Materiallehre, Bauarbeiterlehre und Berufsgesundheit, Staatsbürgerkunde und Sozialversicherung. Unterricht täglich sechs Stunden; in der Freizeit schriftliche Arbeiten, welche allerdings für viele Teilnehmer mühsam waren. Form des Unterrichts war die Arbeitsgemeinschaft. Die Diskussion war lebhaft, besonders im beruflichen Teil, denn doch für eine Reihe von Begriffen erst neue Worte gefunden werden, denn die Bezeichnungen in diesem kleinen Handbuch sind in verschiedenen Gegenden unterschiedlich. Vom Verlauf und Ergebnis des ersten Kurses, für den starker Andrang war (die dreifache Zahl von Meldungen war eingegangen), der Verhandlungsleiter sehr befriedigt.

Jugendzeitungen sind in 1926 neue nicht hinzugekommen, fast alle Verbände aber, für die Jugendliche in Betracht kommen, haben im Verbandsorgan einen gut ausgebauten regelmäßigen Jugendteil, so Schuhmacher, Fleischer, Nahrungs- und Futtermittelarbeiter, Buchbinder, Lehrerbund, Bergarbeiter, Holz-, Lederarbeiter und andere. Die Jugendzeitungen haben eine lebhaftere Ausstattung, verwenden vermehrt das Bild, Anschauungsunterricht und bringen einen gut ausgebauten, gemeinsamen und fachtechnischen Teil. Auch sonst weisen die Verbandszeitungen und Betriebsratsbeilagen in Art und Weise der Jugendarbeit, Berufsausbildung und den Jugendschutz oder appellieren an die Gesellensauschussmitglieder und Betriebsräte. Das gibt der gewerkschaftlichen Jugendbewegung eine Verbindung mit den Älteren schafft ein festes Verhältnis zum Besten der Jugend und der Gesellschaft. Auch örtlich durch die Ortsausläufe geht die Arbeit, wenn auch noch nicht in erwünschtem Tempo. Die Zahl örtlichen Jugendzeitungen hat sich um einige vermehrt. In Berlin, Dresden, geben jetzt auch Frankfurt a. M. und Chemnitz solche heraus.

Einige Bezirkstreffen, gewerkschaftliche Jugendtagungen (Rheinland) und gegenseitige Besuche in den Städten werden und vertiefen den gewerkschaftlichen Jugendgedanken. begrüßen wäre einmal ein vom Jugendsekretariat des Reichsarbeitsministeriums Reichstreffen. Das Jugendabzeichen, von Berlin und Dresden gefördert, vom Jugendsekretariat des Reichsarbeitsministeriums herausgegeben und vertrieben wird, ist unter anderem auch von dem bekannten Maler Professor H. Baluschek vorzüglich beurteilt worden und hat eine bereits gute Verbreitung durch die Ortsausläufe gefunden. Ihm mocht sicher propagandistische Note inne und es trägt zur weiteren Verbreitung des Gedankens gewerkschaftlicher Jugendarbeit bei. Im Interesse des gemeinsamen Gedankens und der gemeinsamen Idee wäre eine weitere Verbreitung des Jugendabzeichens wünschenswert, es müßten aber die Verbände werbend arbeiten.

Der vom Jugendsekretariat des Reichsarbeitsministeriums herausgegebene Jahrgang hat seinen ersten Jahrgang abgeschlossen. Er enthält die Information und brachte manches Grundgesetzliche. will uns scheinen, daß Letzteres ein wenig zu kurz kam. Die der angeschnittenen Fragen hätte mehr Beleuchtung verdient. Die sporadischen Hinweise auf Zeitfragen mit kurzer Inhaltsangabe wollen uns nicht erprießlich dünken, vielmehr ist eine Umschau für Sachgebiete, die die Haltung der verschiedenen Organe zu den jeweiligen Fragen bringt, einrichten. Otto Hebler im „Gew.-Archiv.“

## Reform des Betriebsrätegesetzes.

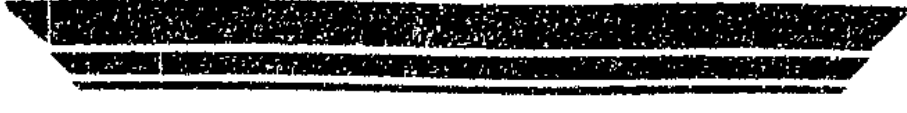
Dem Reichstag ist soeben eine Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Reform des Betriebsrätegesetzes zugegangen. Die Entschließung der Reichstagsfraktion bezieht sich mit den von den Gewerkschaften aufgestellten Vorschlägen zur besseren Durchführung des Betriebsrätegesetzes.

Nicht nur aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten, sondern auch nach den Erfahrungen der Gewerkschaften ergibt sich, daß in vielen Betrieben, wo gesetzlich die Wahl von Betriebsräten zulässig wäre, solche Betriebsvertretungen trotzdem nicht bestehen. Diese Tatsache läßt sich keinesfalls nur aus der Unvollständigkeit der betreffenden Belegschaften erklären, sondern vielmehr hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Möglichkeiten, um zu einer Betriebsvertretung zu kommen im Gesehe unzulänglich geregelt sind bzw. die Unternehmer es vielfach in der Hand haben, diejenigen Personen, welche sich energisch für die Bildung einer Betriebsvertretung einsetzen, zu maßregeln. genügt infolgedessen nicht, daß in den Fällen, wo die Betriebsvertretung, die im Amte ist, einen Wahlvorstand nicht hat oder wo eine Betriebsvertretung noch nicht besteht, nur der Arbeitgeber das Recht hat, einen Wahlvorstand zu bestellen, denn es muß dieses Recht der Belegschaft zugestanden werden. Dies sind die Mitglieder des Wahlvorstandes, die Kandidaten der Neuwahlen und die aus dem Amte geschiedenen Betriebsräte für eine gewisse Zeit dem besonderen Betriebsratsgesetz zu unterwerfen. Bei Streiks und Ausperrungen ist eine Sicherung zu schaffen, daß nach Abbruch dieser Kampfhandlungen die Betriebsräte nicht gemahnt werden. Der besondere Entlassungsgrund der Betriebsräte darf nur entfallen bei ganzlicher und dauernder Entlassung. Krankheitsurlaub darf kein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung von Betriebsräten sein. Wenn diese Sicherungen im Betriebsrätegesetz durch den Gesetzgeber noch geschaffen würden, wäre eine objektive Durchführung desselben erst möglich. Dadurch würde der Charakter des BRG. in keiner Weise geändert, dagegen aber vermieden, daß die Arbeitgeber in der Lage wären, durch offene oder verdeckte Maßnahmen Wärtner zu schaffen.

In einigen Wochen werden die Betriebsräte wählen vorgenommen. Sie müssen zu einer Aufklärung der Arbeiterbewegung beitragen, daß mit Hilfe der Reformvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Betriebsräten endlich die für eine zielbewusste Vertretung der Arbeiterinteressen notwendige Sicherung vor Unternehmerherrschaften geschaffen wird. Gehen die Vorschläge der Gewerkschaften im Reichstags durch, dann wird sich sehr rasch zeigen, daß das Betriebsrätegesetz durchaus nicht, wie die Unternehmerpresse jetzt der Öffentlichkeit auf einmal erzählt, ein „Fehlschlag“ war. Rom ist auch nicht an einem Tage gebaut worden. Der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft ist für die Arbeiterschaft dornig und steinig. Nach dem Einbau der notwendigen Schutzmaßnahmen in das Betriebsrätegesetz wird der Vormarsch der Arbeiterschaft zur Eroberung neuer Positionen und zur Verstärkung des Einflusses in den Betrieben mit neuer Kraft aufgenommen werden. Dies unumkehrbar, als jetzt durch die neuen Schiedssprüche der Kampf um die tatsächliche Gestaltung um die Arbeitszeit mehr als bisher in die Betriebe hineingetragen wird.

Betriebsräte nicht gemahnt werden. Der besondere Entlassungsgrund der Betriebsräte darf nur entfallen bei ganzlicher und dauernder Entlassung. Krankheitsurlaub darf kein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung von Betriebsräten sein. Wenn diese Sicherungen im Betriebsrätegesetz durch den Gesetzgeber noch geschaffen würden, wäre eine objektive Durchführung desselben erst möglich. Dadurch würde der Charakter des BRG. in keiner Weise geändert, dagegen aber vermieden, daß die Arbeitgeber in der Lage wären, durch offene oder verdeckte Maßnahmen Wärtner zu schaffen.

In einigen Wochen werden die Betriebsräte wählen vorgenommen. Sie müssen zu einer Aufklärung der Arbeiterbewegung beitragen, daß mit Hilfe der Reformvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Betriebsräten endlich die für eine zielbewusste Vertretung der Arbeiterinteressen notwendige Sicherung vor Unternehmerherrschaften geschaffen wird. Gehen die Vorschläge der Gewerkschaften im Reichstags durch, dann wird sich sehr rasch zeigen, daß das Betriebsrätegesetz durchaus nicht, wie die Unternehmerpresse jetzt der Öffentlichkeit auf einmal erzählt, ein „Fehlschlag“ war. Rom ist auch nicht an einem Tage gebaut worden. Der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft ist für die Arbeiterschaft dornig und steinig. Nach dem Einbau der notwendigen Schutzmaßnahmen in das Betriebsrätegesetz wird der Vormarsch der Arbeiterschaft zur Eroberung neuer Positionen und zur Verstärkung des Einflusses in den Betrieben mit neuer Kraft aufgenommen werden. Dies unumkehrbar, als jetzt durch die neuen Schiedssprüche der Kampf um die tatsächliche Gestaltung um die Arbeitszeit mehr als bisher in die Betriebe hineingetragen wird.



# Konfirmanden Anzüge

gehen mit ihren Eltern, um

# Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

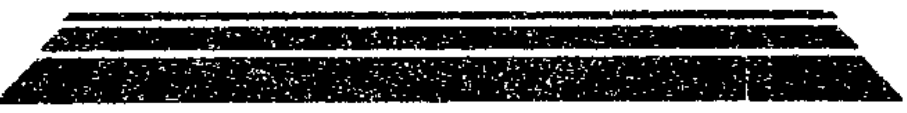
Abt. Konfektion: Neumarkt 12



# Konfirmanden-Stiefel

in bester Ausführung erhalten Sie in unserer

# Abteil. Schuhwaren: Kupferschmiedestr. 31



## Die Beschäftigung von Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten.

Trotz wesentlicher Erhöhung der Kontingente der produktiven Erwerbslosenfürsorge geht die Zahl der bei Notstandsarbeiten Beschäftigten Erwerbslosen in Preußen ständig zurück. Wenn diese bedauerliche Erscheinung auch hauptsächlich in den Witterungsverhältnissen begründet ist, so ist doch, wie der Minister für Volkswohlfahrt in einem Rundschreiben ausführlich, nicht zu verkennen, daß ein erheblicher Teil der bereits genehmigten Notstandsarbeiten nur mit erheblicher Verzögerung in Gang gebracht wird. Der Minister ersucht daher, dem „Amtlichen Preussischen Presse-

dienst“ zufolge, die nachgeordneten Behörden, mit besonderem Nachdruck auf alle Träger von Notstandsarbeiten einzurücken, damit mit den bereits anerkannten Arbeiten, sowie es die Witterung gestattet, unbeeinträchtigt begonnen wird.

# Wirtschaft.

## Der Arbeitsmarkt von Niederschlesien.

In der Berichtswache vom 17. bis 23. Februar 1927 stieg die Zahl der Arbeitssuchenden in der Provinz Niederschlesien von 130 293 auf 131 484, die Zahl der Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger von 97 828 auf 98 490. In der Stadt Breslau betrug die Zahl der Arbeitssuchenden 48 889, die der Erwerbslosenunterstützungs-Empfänger 28 858. Im Vorjahre wurden in der Provinz Niederschlesien am 24. Februar 1926 insgesamt 126 857 Arbeitssuchende gezählt.

Die weitere Verschlechterung ist in der Hauptsache auf die infolge Anhaltens des Frostwetters erfolgte Einstellung der Außenarbeiten zurückzuführen.

In der Landwirtschaft war nur teilweise eine regere Nachfrage nach jüngeren weiblichen und männlichen Arbeitskräften unter 20 Jahren zu verzeichnen. Deputatfamilien mit mehreren Hofgängern wurden weiter verlangt. Aus dem Bezirk Namslau wurden Entlassungen von Freiarbeitern gemeldet.

In der Forstwirtschaft kam es in den Bezirken Namslau und Wohlau zu Entlassungen von Holzfällern infolge des Frostwetters.

Im niederschlesischen Steinkohlenrevier war der Bergbau weiter aufnahmefähig für ungelernete Kräfte. Auch bei einer Grube im Neuroder Bezirke ist in nächster Zeit mit Einstellungen zu rechnen, während eine andere Grube im gleichen Bezirke schleppenden Geschäftsgang verzeichnet.

In der Industrie der Steine und Erden haben in den Bezirken Namslau und Wohlau Ziegeleien, die vereinzelt ihren Betrieb schon aufgenommen hatten, infolge des Frostwetters ihre Arbeitskräfte wieder entlassen. Im Bezirk Wohlau kamen auch Steinschläger zur Entlassung. Im Kothenerberger Bezirk entließ ein Glashüttenwert einen Teil der Belegschaft; ein Chamottewerk führte im Außenbetrieb teilweise Kurzarbeit ein.

Aus der Metallindustrie meldet Waldenburg teils Entlassungen, teils Einstellungen von weiblichen jüngeren Kräften. Im Bezirk Jauer konnten einige Schlosser vermittelt werden.

Im Spinnstoffgewerbe haben die Ausperrungen sämtlicher Arbeitnehmer in ihren Betrieben verfügt. Bereits stattgefundenen Ausperrungen werden aus den Bezirken Lauban, Landeshut, Görlitz-Stadt, Görlitz-Land, Waldenburg, Schweidnitz, Reichenbach, Neurode und Habelschwerdt gemeldet.

Die Papierindustrie des Schönauer Bezirkes ist voll beschäftigt.

In der Lederindustrie konnte in Görlitz der Bedarf an jüngeren Kräften gedeckt werden.

Aus dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe meldet Bunzlau eine Verschlechterung der Lage. Für eine Möbelfabrik im Bezirk Jauer konnten einige Arbeiter vermittelt werden. Der Streik in einer Sannauer Möbelfabrik hält noch an.

In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie kam es in einer Zuckerrüben- und Genußmittelindustrie zu größeren Entlassungen. Eine Anzahl Tabakarbeiterinnen konnten für eine Zigarrenfabrik im Bezirk Ohlau vermittelt werden.

Aus dem Bekleidungs-gewerbe meldet Görlitz die Unterbringung von Näherinnen und Wäscherinnen.

Die Lage im Baugewerbe hat sich infolge des anhaltenden Frostwetters bedeutend verschlechtert; fast aus allen Bezirken werden Entlassungen von Arbeitskräften gemeldet.

Auch für ungelernete Arbeitskräfte boten sich, abgesehen von der Arbeit bei der Eisgewinnung, keine Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Notstandsarbeiten in den Bezirken Gubrau, Namslau, Streßen, Sriegau, Mohlau und Groß-Wartenberg wurden wegen des Frostwetters eingestellt.

Für Hausangehörige war in Görlitz gute Vermittlungsmöglichkeit. Perfekte Kräfte mit guten, langjährigen Zeugnissen bleiben gesucht, während in den meisten Bezirken ein Ueberangebot an jüngeren, nichtgelernenen Kräften, besteht.

## Die deutsch-oberschlesische Steinkohlenförderung

betraf sich in der Woche vom 14. bis 20. Februar laut „Ind.-Kur.“ bei 6 Arbeitstagen auf 401 083 Tonnen (Vormoche 397 248 Tonnen) bzw. arbeitsmäßig im Durchschnitt auf 66 847 Tonnen (66 208 Tonnen). Innerhalb der Provinz Oberschlesien wurden ausschließlich Selbstverbrauch und Deputate 110 003 Tonnen (112 712 Tonnen) nach dem übrigen Deutschland 261 178 Tonnen (255 255 Tonnen) und nach dem Ausland (Tschechoslowakei und Deutsch-Oesterreich) 9 866 Tonnen (9 790 Tonnen) abgesetzt. Der Gesamtabfuhr ohne Selbstverbrauch und Deputate betraf sich auf 380 547 Tonnen (377 787 Tonnen). Mit der Eisenbahn wurden hiervon 324 827 Tonnen (320 281 Tonnen) und auf dem Wasserwege über die Oberhäfen 30 322 Tonnen (26 512 Tonnen) verfrachtet. Die Kohlenbestände erhöhten sich im Laufe der Berichtswache auf 16 883 Tonnen (11 775 Tonnen), die Kohlenräte gingen auf 57 458 Tonnen (57 812 Tonnen) zurück. Angefordert und gestellt wurden arbeitsmäßig 5 808 (5 736) bzw. insgesamt 84 845 (84 415) Wagen.

## Arbeitsrechtliche Rundschau.

### 1. Schadenersatz wegen verspäteter Aushändigung der Arbeitspapiere.

Häufig haben Arbeitnehmer, die aus einer Stellung ausgeschieden sind und sich nicht im Besitz ordnungsgemäßer Arbeitspapiere (Zeugnis, Arbeitskarte, Arbeitsbuch, Versicherungskarte, Steuerkarte usw.) befinden, Schwierigkeiten bei Beschaffung einer anderen Stellung. Viele Arbeitgeber machen nämlich die Einstellung von der Vorlegung sämtlicher Arbeitspapiere abhängig, ohne daß in allen Fällen die Vorlegung aller Papiere gesetzlich erforderlich wäre. Hat der alte Arbeitgeber durch verspätete Aushändigung der Papiere den Arbeitnehmer insofern geschädigt, als dieser nicht lediglich eine andere Stellung erhalten konnte, so kann ihn der Arbeitnehmer, wenn er seinen Schaden nachzuweisen vermag, auf Entschädigung belangen. Die Schadenshöhe bedarf sich dann mit dem Betrag des entgangenen Arbeitsverdienstes. Aber auch wenn ein durch Unmöglichkeit der Stellenerlangung erfolgter Schaden nicht bewiesen werden kann, wird der Arbeitnehmer zum mindesten häufig in der Lage sein, den Nachweis zu führen, daß ihm durch zu späte Aushändigung der Entlassungspapiere für einige Zeit Erwerbslosentfähigkeit entgangen ist. In dieser Höhe wird er dann den Arbeitgeber in Anspruch nehmen können. (Vgl. Gewerbegericht Breslau vom 24. 11. 1926 Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Bd. 32, S. 45.)

### 2. Einzahlungen auf Pensionskonto des Arbeitnehmers sind Arbeitseinkommen.

In einem vom Reichsfinanzhof behandelten Falle hatte der Arbeitgeber auf Grund des Arbeitsvertrages bestimmte Beiträge auf ein für den Arbeitnehmer eingerichtetes Pensionsfondskonto eingezahlt. Es war freilich geworden, ob diese Einzahlungen als steuerpflichtiges Einkommen des Arbeitnehmers zu behandeln waren. Der oberste Steuergerichtshof des Reiches hat in einem soeben bekannt gewordenen Urteil (Reichssteuerblatt 27, S. 65), diese Frage bejaht. Die Einzahlungen sind danach als „gewerblicher Vorteil“ im Sinne des Einkommensteuergesetzes anzusehen. Dieser Begriff ist nämlich rein wirtschaftlich auszulegen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers durch Einrichtung des Pensionskontos und Einzahlungen hierauf verbessert wird. Demgemäß sind die auf das Konto eingezahlten Beiträge steuerpflichtiges Arbeitseinkommen.

### 3. Neue arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Die Verordnung über Lohnpfändung ist durch Gesetz vom 17. 12. 26 (RGBl. S. 503) bis zum 31. Dezember 1926 verlängert.

### Der Reichsarbeitsminister wurde durch Gesetz vom 24. 12. 26 (RGBl. S. 631) ermächtigt, die Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge der bei Reparationsarbeiten im Ausland beschäftigten deutschen Arbeitnehmer abweichend von den allgemeinen Vorschriften zu regeln.

Mit Rücksicht darauf, daß die neuen Vorschriften der Erwerbslosenfürsorgeverordnung die Prüfung der Bedürftigkeit geändert haben, sind auch die Ausführungsbestimmungen unter dem 22. 1. 27 (RGBl. S. 50) einer Abänderung unterzogen worden.

### Die Verordnung vom 4. 2. 27 (RGBl. S. 58) bringt eine Berufsgruppenänderung für die Angestelltenversicherung.

Drei unter dem 9. 2. 27 (RGBl. S. 59/60) erlassene Verordnungen regeln die Arbeitszeit in Gaswerken, Metallhütten, Glashütten, Glasschleifereien.

### 4. Beitragsfreiheit von Beihilgen in der Erwerbslosenfürsorge beim Meisterwechsel.

Lehrlinge sind zwar in der Erwerbslosenfürsorge nur beitragsfrei, wenn eine Beschäftigung auf Grund schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer vorliegt. Es entspricht aber, wie der Reichsarbeitsminister kürzlich ausgeführt hat (RABBl. 27, S. 20), dem Sinne der Vorschrift, die Beitragsfreiheit auch dann anzunehmen, wenn ein auf mindestens zwei Jahre geschlossener Lehrvertrag vorzeitig aufgehoben und die Lehrzeit bei einem anderen Meister nur für die Restzeit, jedenfalls nicht mehr zwei Jahre, fortgesetzt wird. Erforderlich ist nur, daß die Dauer beider Lehrverträge zusammen sich auf mindestens zwei Jahre erstreckt.

### 5. Unterhaltungsätze in der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Sätze der Anordnung vom 9. 11. 26 für die Erwerbslosenfürsorge gelten auch für Kurzarbeiter, die auf Grund der Kurzarbeiterfürsorge unterstellt werden. RABBl. 27, S. 12.

### 6. Arbeitnehmerzuschuß im Gastwirtschaftsbetrieb.

Der preussische Handelsminister hat kürzlich (Handelsministerialblatt 26, S. 338) die Ortspolizeibehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten darauf hingewiesen, daß nicht die Verlängerung der Polizeifunde dazu führen darf, die Arbeitszeitvorschriften und die Bestimmungen über Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in diesen Betrieben zu umgehen. Verstößen soll vielmehr mit Nachdruck entgegengetreten werden.

# Aus Schlesien.

## Was sind wir Sozialdemokraten den Bauern schuldig?

Bis vor dem Weltkriege und auch später noch redeten unsere Gegner und hauptsächlich die Konservativen, dem Deutschen Volkspartei, der Bauernbevölkerung vor, die Sozialdemokraten seien bauernfeindlich. Wenn man bedenkt, daß bei uns in Schlesien bis zur Gründung des Bauernbundes fast alle Bauern sich von den Großgrundbesitzern führen ließen und dann noch mit dem Schlächters für König und Kaiserium, so kann man es verstehen, daß die SPD. es für wenig möglich hielt, Bauernpolitik zu treiben. Sie hatte und mühte in einer Linie denjenigen Volksschichten zu Hilfe eilen, welche in ihrer Existenz bedroht waren. Zu diesen gehörten aber auch die Bauern, welche dank der falschen Führung von Großgrundbesitzern von ihrer Scholle vertrieben worden waren. Die SPD. konnte diese Besitztumsverteilung, welche zu Ungunsten der Bauern unter falscher Führung führen mußte, nicht aufhalten. Die Bauern mußten erst zu der Erkenntnis kommen, daß es notwendig ist, der alten Führung zu entsagen. Sie mußten um ihre Selbstbestimmung kämpfen und sich eine starke Bauernorganisation schaffen. Diese Vorbedingung ist nun erfüllt. Das kann man am besten durch die von Jahr zu Jahr an Umfang zunehmenden Bauernversammlungen beurteilen. Da sich der Bauernbund von vornherein auf den Boden der Demokratie gestellt hat und die republikanische Staatsform als die einzig richtige erkannt hat, so ist für uns Sozialdemokraten die Zeit gekommen, der jungen Organisation fortzuhelfen und sie in ihrem Kampfe gegen die Großgrundbesitzer zu unterstützen. In erster Linie müssen wir durch gezielte Maßnahmen alle Hindernisse beseitigen, welche den Bauern hemmen das zu erreichen, was nicht nur ihm, sondern der gesamten Landarbeiterschaft zu gute kommt. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Gutsbezirke aufgelöst, eine gerechte Steuerverteilung für die Landwirtschaft eingeführt und die Antilegerbedingung sowie Neuverordnungen energisch durchgeführt werden.

### Genosse Max Wierzig-Neurode †

Der Redakteur des Neuroder Kopfblattes unserer Waldenburger Parteizeitung, der „Schlesischen Bergwacht“, Genosse Max Wierzig, ist am 25. Februar an einem Herzschlag plötzlich gestorben. Die „Schlesische Bergwacht“ widmet ihm einen Nachruf, in dem es heißt:

Wieder ist einer der Besten aus der Reihe der unerschrockenen Kämpfer um die Sache der Arbeiterschaft herausgerissen worden, unser Freund und Parteigenosse, der Redakteur Max Wierzig.

Am 25. Februar, abends kam er in den Druckereibetrieb der „Schlesischen Bergwacht“ in Waldenburg, um das Manuskript für die Sonnabendnummer der im Verlage der Bergwacht erscheinenden „Volksstimme“, der er als Redakteur vorstand, fertig zu machen. Wohlgenut und guter Dinge setzte er sich zum Schreiben hin, um schon im nächsten Augenblick von heftigem Unwohlsein befallen zu werden. Der sofort herbeigerufene Arzt bemühte sich um ihn. Es war leider vergebens. Noch unter den Augen des Arztes, gegen 11 Uhr, schloß dieser brave seine Augen für immer. Ein langjähriges Herzleid, das in letzter Zeit besonders heftig auftrat, hatte seinem Leben ein frühes Ziel gesetzt. Und so schied Genosse Wierzig von uns im hoffnungsvollen Alter von 41 Jahren.

Unser Freund Max war in seinem Leben nie auf Kosten getreten. Am 16. Mai 1888 wurde er in Breslau geboren. Seine Eltern waren frühzeitig verstorben, und so mußte er seine Kindheit im Waisenhaus verbringen. Aus der Schule entlassen; trat er in die Lehre in der Kunstanstalt Wistott, worin die Steinindustrie erlernte. Als junger Gehilfe ging er auf die Wanderschaft und nahm Stellung in der bekannten Nürnberger Kunstanstalt Hubert Jordan & Köhner.

Später trat er in Stellung bei Wunderlich & Co in Altwasser. Nach dem Kriege wählten ihn die Parteigenossen als Stadtratsmitglied in das Stadtparlament Waldenburg. Er trat dann bei dem Weggang des Genossen Grütaer in das Arbeitersekretariat ein, um einige Zeit darauf das Arbeitersekretariat in Gottesberg zu übernehmen. Anfang des Jahres 1921 wählten ihn die Vertreter der Arbeiterschaft der Kreise Neurode, Glash und Sabelschwerdt zum geschäftlichen und redaktionellen Leiter der für diese Kreise erscheinenden „Volksstimme“. Ende des Jahres 1926 wechselte er dann auch seinen Wohnsitz und verlegte ihn von Waldenburg Altwasser nach Neurode. Ein Vorbild für Disziplin und kameradschaftliche Treue war Max Wierzig, und diese Tugenden haben ihm ein bleibendes Andenken gesichert.

**Martha. Unglücksfall infolge Gasexplosion.** Gestern morgen um 14 Uhr ereignete sich hier im Hotel zum Stern eine sehr schwere Gasexplosion. In der Wohnung der Witwe Schneider war aus dem nicht ganz geschlossenen Gasbrenner Gas ausgetreten, welches sich an einer brennenden Zigarette entzündete. Nachdem man gewaltsam in die Wohnung eingedrungen war, fand man die Witwe Schneider mit ihrer zwölfjährigen Tochter im Bette tot vor. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

**Schönau bei Mittelwalde. Brand einer Brücke.** Die hölzerne Brücke unweit der silesischen Bahnstrecke geriet durch Funkenauswurf der Lokomotive eines vorüberfahrenden Zuges in Brand und wurde vollständig zerstört.

**Schweidener. Ein schwerer Autounfall.** hat sich dieser Tage hier ereignet. Ein junger Mann, der mit seinem Auto von Liebau kam, begegnete in der Nähe des Bahnhofs einem ihm entgegenkommenden Auto. Durch den Schein wurde der junge Mann so geblendet, daß er die normale Straße verließ und in dem zwei Meter tiefen Graben fuhr, in dem sich das Auto zweimal überschlug. Der Wagen wurde arg demoliert und mußte abgeschleppt werden. Dem jungen Mann ist glücklicherweise nicht das geringste passiert.

**Wierzig. Ehetragödie.** Im hannover Torum hat sich eine Ehetragödie ereignet. Der 55jährige nervenkranke Handwerker Max Hering, der seine Ehefrau bereits wiederholt mit Erschießen bedroht hatte und seit einigen Tagen bei Verwandten außerhalb weilt, lehrte plötzlich abends zurück und zielte auf seine Frau. Ein herbeigerufener Schuppolizeibeamter entwand ihm die Waffe, konnte aber nicht mehr verhindern, daß der Mann sich eine Kugel durch den Kopf jagte. Er war auf der Stelle tot.

**Striegau. Die beiden Wegelagerer,** die kürzlich einen Kleider auf dem Heimwege von Striet nach Striegau überfielen, sind nun ermittelt worden. Sie hatten bei dem Kampfe mit dem Ueberfallenen schwere Handverletzungen davongetragen, was zur Ermittlung ihrer Persönlichkeiten führte.

**Wernersdorf, Kreis Bolkow.** Mehrere Einbrüche, die vermutlich von ein- und derselben Diebesbande ausgeführt worden sind, waren im hiesigen Orte in den letzten Tagen zu verzeichnen. Eingebrochen wurde im Gasthof „Zum Kreuzhüchler Hof“ und in Pohls Warenhandlung. Gestohlen wurden Wein, Rum und eine ganze Anzahl andere Güter, wie sie in Warenhandlungen verpackt werden. Allem Anschein nach handelt es sich um dieselbe Bande, die in letzter Zeit die Nachbarkreise Kriebitz, Kravendörf, Würgsdorf usw., heimgesucht hat.

**Sprottau. Die Spar- und Girokasse des Kreises** und der Stadt Sprottau hat ihren Geschäftsbericht für das Kalenderjahr 1926 jetzt vorgelegt. Danach liegt die Zahl der Konten von 2559 auf 4144, die Summe der Umsätze von 27,1 auf 37,3 Millionen Reichsmark, der Betrag der Gesamteinzahlungen von 990.000 auf 2.104.000 Reichsmark, das heißt um mehr als 100 Prozent. 45 Prozent der Spareinzahlungen, das heißt fast das

Doppelte des letzten Reichsdurchschnitts, konnten als erlöshafen dem Baumarkt zugeführt werden.

**Sprottau. Ein Feldzug gegen die Mäuse** in diesen Tagen von der Stadtverwaltung durchgeführt. Man hofft, auf diese Weise einer Wiederholung der Mäuseplage vom vorigen Jahr, die einen gemeingefährlichen Unfug genommen hatte, wirksam entgegenzutreten zu können.

## Breslau (Land)-Neumarkt

**Cawallen. SPD. Monatsversammlung.** am 5. März, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Gelsch Friedewalde, unsere fällige Monatsversammlung statt. unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen reiflos kommen und Frauen und Gäste mitbringen. Referent Genosse Neulisch.

**Schnitz. SPD. Mitgliederversammlung.** Die letzte Mitgliederversammlung der SPD. war diesmal sehr gut besucht, wie es sonst immer der Fall ist. Es wird erwartet, daß das nächste Mal der Besuch wieder besser ist. Die Genossen führten mehrere interessante Vorträge durch, die mit großem Beifall von der Zuhörerschaft aufgenommen wurden. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden mehrere Angelegenheiten erledigt. Mit Bedauern wurde festgestellt, entgegen einem Gemeindevorstandesbeschluss, der Betrag von 200 Mark, der für die Ortsarmen und Hilfsbedürftigen zur Verfügung gestellt wurde, bisher noch nicht verteilt wurde. Der Gemeindevorstand scheint es mit der Durchführung derartiger Beschlüsse nicht so eilig zu haben. Zugleich wird verlangt, daß die nächste Gemeindevorstandssitzung unbedingt stattfindet, daß das Statutenbuch der Sitzung öffentlich begeben wird. Zum Schluss befaßte sich die Mitgliederversammlung noch mit einigen Fragen, die dem Ortsvorstand überlassen wurden. Mit einem Appell des Vorsitzenden zu weiterer intensiver Arbeit für die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

**Steine. Reichshanner Schwarz-Rot-Weiß (Panner Hermann).** Sonnabend, den 5. März, abends 7 Uhr findet im Vereinslokal bei Adolf Großholl unsere Monatsversammlung statt. Der anwesende Redner hält einen Vortrag über „Die Justiz der Republik“. Alle Kameraden sind zu dieser Versammlung zu erscheinen.

**Steine. SPD. Öffentliche Volksversammlung.** Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im von Adolf Großholl eine öffentliche Volksversammlung statt. Alle Parteigenossen und Genossinnen haben ihren Besuch der Versammlung zu sorgen.

## Aus dem Kreise Nimptsch

### Zur Eingemeindungsfrage.

Der Provinzialrat der Provinz Niederschlesien hat in seiner Sitzung vom 23. Februar 1927 den Beschluß des Bezirksausschusses Breslau vom 3. November 1926 nunmehr endgültig dahingehend bestätigt, daß die Randgemeinden Altstadt-Nimptsch und Pölsch, sowie ein Teil des Gutsbezirkes Pangel in den Kreisbezirk Nimptsch eingemeindet werden. Das Staatsministerium hat diesen Beschluß nur noch zu bestätigen.

\* **Kreisjäger.** Oberlandjäger Reim, Nimptsch, ist zur Isolierung eines Kurses nach Berlin, zwecks Verwertung höherer Staatsdienst, einberufen worden. Die Vertretung im Kreisjägerzwei, Grün-Hartau.

## Sanitäten-Anzeigen

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 1. März, nachts 1 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Klempner

### Erich Schenk

im Alter von 28 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, 4. März, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Cosel (St. Barbara).

### Museum der bildenden Künste

13. Ausstellung der Gesellschaft der Kunstfreunde **Gemälde aus schles. Privatbesitz** (von 1850 bis zur Gegenwart)

Geöffnet Sonntags 11-2, wochentags 10-3 Uhr vom 6. März bis 3. April. 6724

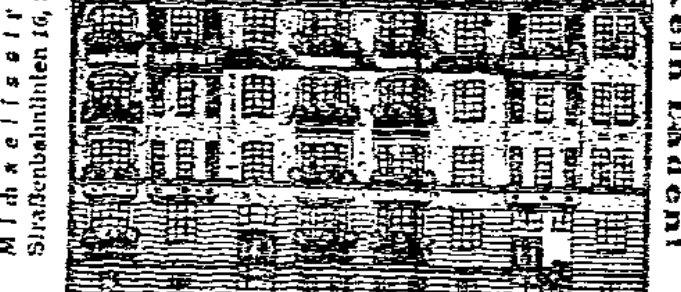
## Berufskleidung

Spezialität für **Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Steinsetzer, Bierfahrer, Hemicure usw.**

**Pa. Sammel-, engl. Leder-, Manchester-Hosen**

nach Maß, ohne Preisaufschlag. 6742

**Waldjacketen \* Hemden \* Unterhosen**



**V. Liepelt, Breslau**

Friesenplatz Nr. 2, früher Oelsnerstraße.

Die „Frauenwelt“ den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“ eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.

Zu bestellen b. allen Zeitungsrahern

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Kosas. — Redaktion: Grändelplatz 3. — Hauptexpedition: Gluckstraße 4. — Druck u. Verlag der „Vollwacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau

## MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN

**GIDON**

4 PFENNIG

## Ein schöner Mantel aus

**Damen-Mäntel-Fabrik**

ist infolge Eigenfabrikation unerreicht billig

## Zur Einsegnung!

Covercoat-Palciot von 9 75 an

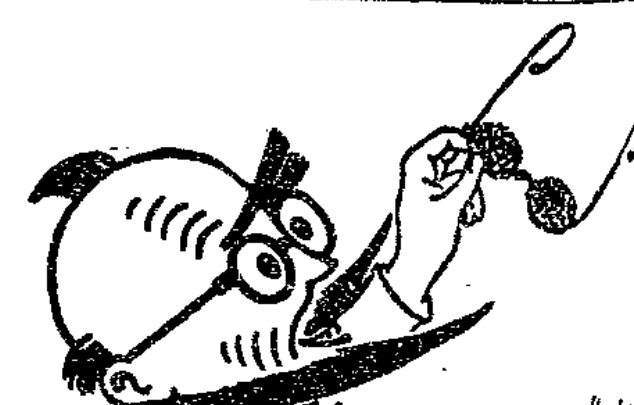
Rips-Palciot 19 75 an

in allen Farben, von 19 75 an

**Wohl & Alexander**

Wintersachen 30% Rabatt!

Berücksichtigt unsere Inferenten



**Mit der Filzbrille**

sieht man scharf in die Welt und fängt selbst die feinsten Ausgüsse zur Befestigung der ausbleibenden Sehneraugen mit dem vielmillionenfach bewährten Kullrot-Südnäheraugen-Pflaster. Daß ein 75 Pfg. Kullrot-Südnäheraugen-Pflaster 8 Stück 60 Pfg.

Filz ist nur gut, wenn er zweckmäßig verarbeitet wird, wie z. B. bei den wundervollen Kullrot-Einlegefüßen, die den sichersten Schutz gegen

falte und wasserfüße

sind und sich als bestes Vorbeugungsmittel gegen alle Erkältungskrankheiten, wie Schnupfen, Keuchhusten, Grippe und Rheumatismus, ganz hervorragend bewähren. 1 Paar echte Kullrot-Einlegefüße 1.25 bis 1.75 Mark. In einfacherer Ausführung 80 Pfg. bis 1.- Mark. Am meisten empfehlenswert sind Kullrot-Einlegefüße in einfacherer Ausführung 6 Paar nur 30 Pfg.

**Kullrot-Fabrik Kurt Kriess, Groß-Salze bei Magdeburg**

Kullrot-Verkaufsstellen: Nordstern-Drogerie, Trebnitzer Straße 12; Optiz-Drogerie, Gabitzstr. 87/89; Drogerie Friede-Oehme, Webskystr. 18; Drogerie zur Post, Poststr. 9; Reichsadler-Drogerie, Höhenzollerstr. 47/49; Reichs-Drogerie, Trebnitzer Str. 46; Residenz-Drogerie, Neue Taschenstr. 17; Drogenhaus Oskar Reymann, Neumarkt 18.